Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214 — 1921 Nr. 160

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, bends vor 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5410. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 7. April

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile (6) ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8.00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Barnburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Oberschlesiens Schicksal entschieden?

Briand über Obschlesien

Paris, 7. April.

In der gestern fortgesetzten Senatsverhandlung über das Budget für auswärtige Angelegenheiten sprach Senator Francois Albert über Oberschlesien. Die Volksabstimmung habe sehr klare Ergebnisse gezeitigt, die baldigst in die Tat umgesetzt werden müßten. Es sei zu befürchten, daß die Deutschen am 1. Mai die Frage Oberschlesiens mit der Reparationsfrage verbinden und Konzessionen verlangen würden, die einzelne vielleicht bereit seien, zu gewähren. Der Redner forderte den Ministerpräsidenten auf, sich nicht auf den gefährlichen Weg der Konzessionen (!) zu begeben. Denn von der Lösung hänge die Sicherheit Polens und der Friede Europas ab.

Senator Ribot sprach alsdann von der Denkschrift des Reichsministers Dr. Simons, in der gesagt sei, Frankreich zeige sich indifferent in bezug auf den Wiederaufbau der unglücklichen französischen Provinzen. Die französischen Landwirte machten ihr Recht wieder urbar. Derartige Aeußerungen zählten nicht. Man zähle, sei die Verpflichtung Deutschlands, zu zahlen.

Ribot verlangte sodann von der französischen Regierung, daß sie energische Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland ergreife, um es zur Einhaltung der ihm auferlegten Verpflichtungen zu zwingen. Die Blockade Hamburgs erscheine Ribot als eine der scharfen Zwangsmittel. Alle drei Redner griffen übereinstimmend die französische Regierung wegen des von ihr im Jahre 1916 mit England abgeschlossenen Abkommens über Mandate der ehemalig türkischen Gebiete und über die Verteilung von Palästina, Syrien usw. auf das schärfste an.

Diese Angriffe veranlaßten Briand, seine Ausführungen mit einer Erklärung über die Orientfrage zu beginnen. Er verteidigte die französische Politik in Klein-Asien und hob hervor, daß es im Interesse Frankreichs liege, dort Hand in Hand mit England zu handeln und vorzugehen. Herrn Francois Albert antwortete er, daß er gestern absichtlich nicht von Oberschlesien gesprochen habe, denn dieses Problem sei durch den Versailler Friedensvertrag geregelt, und es bedürfe kaum mehr eines Kommentars. Er wolle nur bemerken, daß seit der Volksabstimmung kaum 14 Tage verstrichen seien, und daß der interalliierte Ausschuß für Oberschlesien sich nicht nur mit der Kontrolle der Abstimmungsergebnisse, sondern auch mit der Aufteilung Oberschlesiens (!) beschäftige und den alliierten Regierungen über seine Arbeiten ausführlich Bericht erstatte. Was natürlich eine sehr große Arbeit darstellt und eine gewisse Zeit erfordert. Die französische Regierung habe eine schnelle Regelung der oberschlesischen Frage vor einigen Tagen verlangt, man hat ihr geantwortet, daß diese Frage auf das genaueste geregelt werden müsse, daß jedoch der Ausschuß in ungefähr zwei bis drei Tagen seine Arbeiten beendet haben werde. Briand erklärte sodann weiter, die deutsche Behauptung, Oberschlesien sei unteilbar und müsse bei Deutschland verbleiben, sei der deutsche Standpunkt, aber nicht der Standpunkt der Alliierten. Das Volk in Oberschlesien habe seine Absicht bekundet; seinen Wünschen müsse in der Regelung der Frage Rechnung getragen werden. Weiter erklärte Briand, denen, die uns sagen, es sei vorteilhafter, das oberschlesische Gebiet müsse deutsch bleiben, damit Deutschland seinen Verpflichtungen in der Wiedergutmachungsfrage nachkommen könne, müssen wir antworten, daß Deutschland in den nächsten fünfzehn Jahren, selbst wenn die Industriegebiete an Polen fallen (!), die Kohlen aus dem Industriegebiet zu denselben Bedingungen erhalten werden.

Am Schluß der gestrigen Senatssitzung wurde beantragt, an dem Kredit für Syrien einen Abstrich von 20 Millionen zu machen. Ministerpräsident Briand stellte die Vertrauensfrage. Schließlich wurde nach längerer Debatte mit 197 gegen 9 Stimmen der Kredit bewilligt, jedoch enthielten sich 100 Senatoren der Abstimmung, die anscheinend der radikalen Partei angehören.

Die französischen Kriegsdrohungen

w. Paris, 7. April.

Zu der Rede Briands bemerkt die ministerielle Presse, jetzt die „Action francaise", daß es mit Drohungen gegen Deutschland nicht allein getan sei, **man müsse nunmehr das gesamte Ruhrgebiet besetzen.** Der „Figaro" erklärt, daß man nun endlich von der Ansicht, die Besetzung des Ruhrgebiets sei zwecklos und schwierig, abkommen müsse. Man müsse auch, wenn bis jetzt die Zustimmung der Bundesgenossen nicht erfolgt wäre, diese Zustimmung zu erreichen suchen. **Die Jahresklassen 1918 und 1919 müßten zu den Waffen gerufen werden,** dazu hätte die Regierung das Recht, und auch das Parlament würde einverstanden sein, wenn man die Beweggründe vorlegte. **Das Kohlengebiet in Oberschlesien hätte Deutschland verloren (!),** und bei Besetzung des Ruhrgebiets stände die gesamte Kohlenproduktion unter der Kontrolle der Alliierten. Das „petit Journal" schreibt, daß der Applaus auf die Briandsche Rede im Senat beweise, daß Briand die Gefühle des Landes wiedergegeben habe. „Petit Parisien" hebt hervor, daß die Zurückhaltung Frankreichs (!) von Deutschland nur als Schwäche angesehen würde.

Brüssel, 6. April.

Die kleine neutralistete Fraktion des Komitees der nationalen Politik veranstaltete gestern abend in Brüssel ein Bankett. Bei dieser Gelegenheit erklärte Senator Halot, daß

1. die Sanktionen gegen Deutschland ausgebreitet werden müssen, wenn Deutschland in nächster Zeit seinen Verpflichtungen nicht nachkommen würde;
2. **daß bei einem französischen Ultimatum an Deutschland sich die belgische Regierung diesem Ultimatum anschließen müsse,**
3. daß die fünf Linien, auf denen Deutschland seine Produkte von Westfalen nach Rotterdam schickt, von den Alliierten kontrolliert werden sollen.

Eine neue Note

Paris, 7. April.

Der Botschafterrat genehmigte den Entwurf zu einer Note an Deutschland betreffend eine ausgesprochene Verletzung des § 380 des Versailler Vertrags, der die freie Schiffahrt im Nordostsee-Kanal vorsieht. Am 21. März wurde dem von einer französischen Gesellschaft befrachteten englischen Dampfer „Wimbledon" die Einfahrt in den Kieler Hafen unter dem Vorwand (!) verweigert, daß er nach Polen bestimmtes Kriegsmaterial mit sich führe. Nach zehntägigem Warten mußte das Schiff durch den Sund fahren, um Danzig zu erreichen. Es wurde beschlossen, formell gegen solche Verletzungen des Versailler Vertrages (?) zu protestieren, deren Wiederholung nicht geduldet werden würde.

Die Niederlage der Entente in Amer

w. Paris, 7. April.

Wie Pertinax dem „Echo de Paris" mitteilt, wird die Washingtoner Note an Frankreich, England, Italien und Japan vom 4. April mit der Verweigerung der Anerkennung aller von der Entente seit dem Waffenstillstand geschlossenen Verträge nicht veröffentlicht werden. Gestern war noch mitgeteilt worden, die Note würde in Amerika veröffentlicht werden, nachdem sie den alliierten Regierungen überreicht worden sei.

Pertinax stellt im „Echo de Paris" fest, daß es die Aufgabe Vivianis gewesen sei, von Amerika zu erreichen, daß es den Friedensvertrag von Versailles und das Völkerbundstatut annehme. Die Hoffnung müsse aufgegeben werden. Es bleibe also nichts anderes übrig als zu versuchen, daß die Regierung in Washington sich dazu verstehe, in die Resolution Knox einen Satz einzufügen, durch den wenigstens die Gültigkeit der Verträge, die mit der deutschen Regierung abgeschlossen worden sind, erklärt werde, soweit sie europäisches Interesse haben, also den Vereinigten Staaten keine Verpflichtungen aufbürden.

Nach einer Meldung des „Petit Parisien" hat die französische Regierung ihrem Botschafter in Washington Aufklärungen über die Lage in den verwüsteten Gebieten gegeben, um gegen die Aeußerungen des Reichsministers Dr. Simons in dessen Memorandum Stellung zu nehmen. Darin wird gesagt: Von 3524 Gemeinden, die besetzt gewesen seien, habe das kommunale Leben in 3216 aufgehört. Am 31. Dezember erst habe es wieder begonnen. Von 3 800 000 Hektar seien am 31. Dezember wieder 2 415 000 nivelliert gewesen. Die Zahl der völlig zerstörten Wohnhäuser betrage 222 782, die Zahl der teilweise zerstörten Wohnhäuser betrage 296 502. Davon seien wiederhergestellt 280 825. Baracken seien 71 125 aufgebaut, provisorische Häuser 60 605 hergestellt worden. Aus altem Material hergestellt seien 29 860 Häuser.

Kommunistenurteile der Belgier

w. Duisburg, 7. April.

Bis heute sind ungefähr 900 Kommunisten kriegsgerichtlich abgeurteilt worden. Das Kriegsgericht ist zu diesem Zweck von Aachen nach Mörs verlegt worden. Der kommunistische Beigeordnete Dr. Gabriel ist zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Die Verurteilten werden nach dem Aachener Gebiet abgeschoben.

Hungerstreik

Die vor kurzem in Stuttgart verhafteten elf Kommunistenführer, die sich in Tübingen in polizeilichem Gewahrsam befanden, sind am letzten Freitag in den Hungerstreik getreten.

Zur Regierungsbildung in Preußen

Von
Regierungsrat Wilhelm Lawerrenz,
Mitglied des Reichstags.

Während die preußische Regierung, an der Spitze Herr Severing, die Lage als ruhig und entspannt bezeichnet, reden die Tatsachen eine andere Sprache. Der Aufruhr hat weiter um sich gegriffen, immer neue Gegenden werden vom Bolschewismus verseucht und müssen in harten Kämpfen von roten Banden gesäubert werden. Man braucht schon eine recht große und gute Karte, um den Berichten über die Kampflage in Mitteldeutschland folgen zu können. Kaum ist das Feuer des Aufruhrs an einer Stelle gedämpft, so melden neue Hiobsposten sein Aufflammen an anderen Orten. Ein Ende dieses wahnwitzigen Treibens ist vorläufig nicht abzusehen.

So trostlos diese anarchischen Zustände sind, so werden sie hoffentlich politisch wertvolle Ergebnisse für die Bildung der neuen preußischen Regierung zeitigen. Denn keine der bürgerlichen Parteien kann an ihnen vorbeigehen, ohne sie als bedeutsamen Faktor in ihre Rechnung einzustellen. Bedeutsam vor allen Dingen deshalb, weil die Wählerschaft, die sonst dem Kuhhandel bei der Regierungsbildung nur wenig Beachtung zu schenken pflegt, angesichts dieses unerhörten Terrors und der dadurch herbeigeführten Auflösung des Staates ganz bestimmte und klare Forderungen erhebt, denen auch der gewandteste Parteiführer Rechnung tragen muß, wenn er nicht seine Gefolgschaft in starkem Umfange verlieren will. Und diese Forderungen lauten: Fort mit den Ministern und Männern, die in unglaublicher Kurzsichtigkeit bis völlig falscher Einschätzung der kommunistischen Vorbereitungen vor anorganischen Gegenmaßnahmen so lange zurückgeschreckt sind, bis ein Aufruhr von diesem Umfange mit allen seinen Schrecken losbrechen konnte. Fort mit den Parteibonzen, die unter dem Motto: „der Feind steht rechts!" ihren ganzen Scharfsinn auf die Auflösung der Selbstschutzorganisationen verwandten und dabei alle Sturmzeichen und Warnungen, die seit Monaten über die Absichten der kommunistischen Parteien beider Richtungen handgreiflich zutage traten, mit einem überlegenen Lächeln abtaten. Und fort endlich mit Leuten, die immer wieder zur Nachgiebigkeit und zum Verhandeln neigen, wo ein rücksichtsloses Einsetzen aller Machtmittel des Staates und strenge Bestrafung der überführten Missetäter am Platze wäre. Alle anständigen und ordnungsliebenden Kreise unserer Völker sprechen jedenfalls einer Regierung, die so schlagend ihre Unfähigkeit gegenüber dem Bolschewismus bewiesen hat, das Recht ab, noch länger im Amte zu bleiben und wünschen endlich, daß diejenigen Parteien die Regierungsgewalt übernehmen, die unser schwergeprüftes Land vor der Wiederkehr derartiger innerlicher Zerfleischungen zu bewahren wissen.

Mit anderen Worten: die Sozialdemokratie, die zwei Jahre lang in Preußen ausschlaggebend gewesen ist und somit die Hauptschuld an den jetzigen Zuständen trägt, muß als verhandlungsfähig für jeden ausscheiden, der die Wiederherstellung der Ordnung als vornehmstes Gebot der Stunde erkennt. Alle Kombinationen fallen damit in sich selbst zusammen, die seit den Preußenwahlen die Oeffentlichkeit beschäftigt haben und darauf hinausliefen, die alte Koalition in Preußen entweder zu erhalten oder etwa durch den Zutritt der Deutschen Volkspartei auf eine breitere Basis zu stellen. Da nach dem Verhalten der Sozialdemokraten auch eine nationale Einheitsfront nach außen nicht durchführbar ist, die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtags ferner einmütig die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung abgelehnt und sich gleichzeitig gegen die Unterstützung irgendeiner bürgerlichen Minderheitsregierung mit voller Schärfe ausgesprochen hat, so bleibt im Interesse des Landes nur ein Ausweg: die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung. Selbst die Minderheitsregierung im Reich hat bewiesen, daß auch ohne die Sozialdemokratie, und zwar besser, regiert werden kann. Bei zahlreichen wichtigen Abstimmungen im Reichstage haben die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen die vereinigte Sozialdemokratie gestimmt. Die bürgerliche Einheitsfront ist somit schon oft in die Erscheinung getreten. Den Fehler, den die Sozialdemokratie nach der Reichstagswahl begangen hat, indem sie freiwillig der Regierung fernblieb, hat sie als verhängnisvoll für ihre Partei erkannt. Um so energischer wehrt sie sich daher, ihre Machtpositionen in Preußen zu räumen. Sie aus diesen Stellungen herauszudrängen, ist aber unbedingt erforderlich, wenn der weiteren Zersetzung unseres zermürbten Staatswesens Einhalt geboten werden soll; in dem neuen Landtag stehen 255 bürgerliche Abgeordnete 173 Abgeordneten der drei sozialistischen Richtungen gegenüber. Selbst wenn die Demokraten mit ihren 26 Sitzen die bürgerliche Sache im Stiche lassen würden, wäre noch eine Mehrheit von 229 gegenüber 193 Stimmen zugunsten des Bürgerblocks vorhanden. Nach den bitteren Erfahrungen des roten Osterfestes muß man erwarten dürfen, daß das Bürgertum endlich aufwacht und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192104072-13/fragment/page=0001

entschlossen den Weg beschreitet, der allein noch Rettung verspricht. Mögen die staatserhaltenden Parteien sich endlich ihrer Kraft bewußt werden und energisch handeln, bevor es zu spät ist.

Ein Uebergangskabinett in Preußen?

w. **Berlin, 7. April.**

Die gestrigen Fraktionsbesprechungen über die Regierungsbildung in Preußen führten zu keinem Ergebnis. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei lehnte die von den Sozialdemokraten geforderten Garantien für ein Zusammenarbeiten mit der Volkspartei ab. In der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion wurde festgestellt, daß eine Veränderung der Lage bisher nicht eingetreten sei, weshalb sich die Fassung von Beschlüssen erübrige. Sowohl die „D. A. Z." als auch die „Voss. Ztg." halten es für wahrscheinlich, daß man einen Ausweg aus der Verlegenheit in der Bildung eines Geschäftsministeriums als Uebergangskabinett suchen werde. Der Präsident dieses Kabinetts, das sich teils aus Politikern, teils aus der Beamtenschaft entnommenen Fachministern zusammensetzen werde, werde dem Zentrum entnommen werden, dem es dann überlassen bleibe, die einzelnen Ministerposten zu besetzen. Alle Parteien außer den Deutschnationalen und den Linksradikalen seien bereits einverstanden, dem vom Zentrum nominierten Kandidaten ihre Stimme zu geben.

*

Dazu schreibt der „Lok.-Anz.":

Die gestrigen Beratungen der Fraktionen und Fraktionsvorstände, denen teilweise führende Reichstagsmitglieder beiwohnten, sind völlig ergebnislos verlaufen. Vielleicht bringen die heute vormittag stattfindenden Beratungen des interfraktionellen Ausschusses, des Aeltestenrates und der für die Regierungsbildung in Frage kommenden Fraktionen mehr Licht in das Dunkel. Nach den bisherigen Vorgängen ist das aber mehr als fraglich. Diese neue praktische Erfahrung mit dem parlamentarischen System beweist wieder, wie wenig angesichts der bei uns herrschenden Parteizersplitterung dieses System geeignet ist, über Krisen mit der nötigen Schnelligkeit und Leichtigkeit hinwegzuhelfen.

Auch gestern verharrten Zentrum und Demokraten auf ihrem bekannten Standpunkt: Verbreiterung der bisherigen Koalition nach rechts. Dabei ist als neu zu melden, daß auch das Zentrum, wie die Demokraten ihrerseits bereits zum Ausdruck gebracht haben, im Falle eines Scheiterns der Koalitionserweiterung keine Neigung zur Teilnahme an einer Minderheitsregierung haben. Wenigstens wurde dies gestern von führender Zentrumsseite versichert. Die Mehrheitssozialisten haben sich in ihrer gestrigen Abendsitzung mit der Kabinettsbildungsfrage nicht beschäftigt, weil ihnen keine neuen Erklärungen der Fraktionen vorlagen.

So gibt es denn in Preußen heute bei Wiederaufnahme der Landtagsarbeiten keine regierungsbereite Mehrheit. Die Dinge sind auf dem toten Punkt. Diese Erkenntnis führte in den Wandelgängen des Landtages zur Diskussion von allerhand merkwürdigen Vorschlägen, so z. B. dem Vorschlage, einstweilen eine Minderheitsregierung nur aus Zentrum und Demokratie zu bilden. Selbstverständlich begegnen solche Projekte, wie überhaupt alle Bemühungen, den Ministerpräsidenten wählen zu lassen, ehe die Mehrheit feststeht, die das Kabinett bilden soll, sehr starken Bedenken. Wieweit vielleicht die Interpellation der Deutschnationalen über den Aufstand in Mitteldeutschland, die naturgemäß noch von der bisherigen Regierung beantwortet werden muß, eine neue Atempause für die Bildung des Kabinetts verschafft, läßt sich noch nicht absehen.

Gestern vormittag trat in der Reichskanzlei, wie bereits gemeldet, der interfraktionelle Ausschuß des Reichstages zusammen, um sich über die politische Lage zu unterhalten. Im Vordergrund der Besprechung stand die Frage der Regierungsumbildung in Preußen. Wie der „Lok.-Anz." aus parlamentarischen Kreisen erfährt, nahm die Deutsche Volkspartei Gelegenheit, ihren Standpunkt gegenüber den Forderungen der Mehrheitssozialisten sehr scharf zu präzisieren. Für die Volkspartei sind die Forderungen der Mehrheitssozialisten unannehmbar, und es ist, wie uns gegenüber betont wird, ganz ausgeschlossen, daß die Landtagsfraktion in den wesentlichen Punkten nachgeben wird. Das bezieht sich sowohl auf die formulierten Bedingungen wie auf die sozialistische Forderung der Verteilung der Ministerposten. In der Sitzung des fraktionellen Ausschusses wurde übrigens ganz allgemein die Auffassung vertreten, daß man gegenüber den Forderungen der Mehrheitssozialdemokratie nicht nachgeben darf. Von volksparteilicher Seite wurde betont, daß die Mehrheitssozialdemokratie, wenn sie von einer anderen Partei verlangt, daß sie sich zur republikanischen Staatsform bekennt, erst selbst einmal ihren marxistischen Standpunkt aufgeben müsse.

Die Notwendigkeit des Selbstschutzes

Severing hält ihn für notwendig!

Eine Anfrage von deutschnationaler Seite im Reichstage, die die zahlreichen Felddiebstähle in der Provinz Sachsen betraf, hat der preußische Minister des Innern Severing beantwortet. Er gibt diese Tatsache zu, erklärt, daß neben der Tätigkeit der Schutzpolizei, Streifen bewaffneter Landwirte unter Führung von Landjägern notwendig geworden seien. Es heißt dann weiter:

„Mit Rücksicht auf die geringe Zahl der für das gesamte Reichsgebiet zugestandenen Polizeibeamten erscheint auch der Reichsregierung das einzige Mittel, die im Interesse der Volksernährung äußerst bedenklichen Felddiebstähle zu verhindern, darin zu bestehen, daß die Landesregierungen, denen in erster Linie die Bekämpfung des Verbrechertums obliegt, geeignete Landwirte im erforderlichen Umfange zum Feldschutze ermächtigt."

Hier ergibt sich dasselbe Bild wie schon einmal, nur mit vertauschten Rollen. Einst war Herr Severing gegen den Selbstschutz, der preußische Justizminister für ihn, heute gibt Herr Severing die Notwendigkeit des Selbstschutzes zu und Herr Hörsing bekämpft ihn. Dieser Kampf ist dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen scheinbar mehr gelegen, als der Kampf gegen die Aufrührer. Es bleibt abzuwarten, welche Schritte Herr Hörsing nun unternehmen wird.

Severings „dunkle" Drohungen

w. **Berlin, 7. April.**

Der preußische Minister des Innern, Severing, und der Berliner Polizeipräsident Richter sprachen gestern in einer Bezirksversammlung der Funktionäre der S.P.D. über die kommunistischen Unruhen. Severing stellte fest, daß die ersten Schüsse in der Aktion der Polizei von den Anhängern des Hölz abgegeben wurden. Die bekannten Angriffe der rechtsstehenden Presse suchte der Minister mit dem Hinweis zurückzuweisen, daß ein Bürgerkrieg vermieden und der Aufstand im ganzen ziemlich anblutig geblieben sei. Er erklärte dann:

Wir werden vielleicht demnächst schon Aktionen machen müssen, die den Endkampf um die politische Macht darstellen müssen, aber wir werden keine nutzlosen Demonstrationen machen und die Arbeiterschaft schwächen. Unsere Aktionen werden nicht gegen die öffentliche Ordnung und gegen die Mehrheit der Volksgenossen gerichtet sein, sondern im Einklang mit ihr geführt werden.

Diese dunkeln Andeutungen Severings erfordern unbedingt der Aufklärung. Es wird darauf noch zurückzukommen sein.

Kommunistenprozeß Vater und Genossen

Magdeburg, 6. April.

Im Laufe der weiteren Vernehmungen der Angeklagten im Prozeß Vater und Genossen traten sehr oft Widersprüche gegenüber dem zu Protokoll gegebenen Aussagen hervor, die mit damaliger Nervenschwäche als Folge der Teilnahme am Kriege entschuldigt werden. Der Angeklagte Dittmann, der Kassierer der kommunistischen Partei in Stendal, in dessen Wohnung die Zusammenkünfte stattzufinden pflegten, gibt zu, den bei ihm gefundenen Entwurf zur Einnahme der Kasernen und des Bahnhofs in Stendal angefertigt zu haben. Die Kasernen sollten nach Ueberrumpelung der Mannschaften in die Luft gesprengt werden, ebenso einige Eisenbahnbrücken. In dem Plan sind auch Ueberfälle auf Kassen und Plünderungen verzeichnet. Der Plan zur Abwehr stammt schon aus der Zeit des Kapp-Putsches und sei nur einem gewissen Sitzmann bekannt gewesen, von dem der Verteidiger bemerkt, daß er ein Spitzel sei und sich jetzt in Haft befinde. Der Zeuge Roth wird immer stärker belastet. So wird von verschiedenen Angeklagten behauptet, Roth hätte gesagt, die Elbebrücken müßten gesprengt werden, wovon die übrigen aber nichts wissen wollten. Die Angeklagten behaupten übereinstimmend, so weit sie sich erinnern wollen, die Gruppeneinteilungen seien lediglich für Wahlagitation erfolgt und sollten nur dann gleichzeitig als Kampforganisationen dienen, wenn ein Putsch von rechts käme. In einem solchen Falle sollten ja die Kommunisten sofort „erledigt" werden. Sie hätten also für Abwehr sorgen müssen.

Nach Beendigung der Vernehmung der Angeklagten hält Rechtsanwalt Dr. Weinberg als Verteidiger eine reine Agitationsrede, in der die Organisation Escherich gegenrevolutionärer Umtriebe beschuldigt und mit den Namen Ludendorff, Oberst v. Epp, General v. Arnim usw Schindluder getrieben wird. Die Rede ist ein reines Verschleppungsmanöver. Darauf beginnt die Vernehmung der Zeugen. Mehrere Zeugen erklären, der Angeklagte Jakobs hätte verschiedentlich davon gesprochen, daß in nächster Zeit mit der Waffe in der Hand vorgegangen werden müsse. die kommunistische Partei wolle den Bürgerkrieg. Ludendorff bereite einen Putsch vor, und die Kommunisten müßten ihm zuvorkommen. Der Angeklagte Jakobs bestreitet, solche Aeußerungen getan zu haben. Der Hauptbelastungszeuge, Maschinenschlosser Franz Roth aus Stendal, der von den meisten Angeklagten als Spitzel hingestellt wird, wird eingehend unbereidigt vernommen. Er belastet einen Teil der Angeklagten, und namentlich den Hauptangeklagten Jakobs. Auf Vorhalt des Verteidigers und einiger Angeklagten gibt er zu, selbst Aeußerungen getan zu haben, für die die Angeklagten unter Anklage stehen. Der Zeuge bleibt dabei, daß es sich in Stendal um militärische Organisationen für den Fall des Losschlagens gehandelt habe. Die Wahlpropaganda sei nur Mittel zum Zweck gewesen. Der Zeuge erklärt, sich selbst zum Kompagnieführer angeboten zu haben. Er habe auch gesagt, er sei in der Roten Armee gewesen, um die ganze Sache in Stendal genau kennen zu lernen. Zeuge gibt dann auf Vorhalt zu, Spitzeldienste geleistet zu haben. Der Polizeikommissar Trestow und der Staatsanwalt von Stendal hätten ihn dazu veranlaßt; er habe aber nur seine persönlichen Auslagen erstattet erhalten. Zeuge Polizeikommissar Trestow sagt aus, daß Roth beim Oberstaatsanwalt die ersten Angaben gemacht habe.

Bessere Bewaffnung der Polizei

Nach dem „Lok.-Anz." beschäftigen sich die zuständigen Regierungsstellen in Preußen mit der Frage einer wirksameren Bewaffnung der Polizei. Die Vorgänge bei den jüngsten Unruhen in Mitteldeutschland haben den Minister des Innern Herrn Severing davon überzeugt, daß die jetzige Bewaffnung der Polizei völlig unzureichend ist. Ortskundige und gutbewaffnete Banden lassen sich nur dann schnell und nachhaltig bekämpfen, wenn der mit der Wiederherstellung der Ordnung beauftragten Polizei auch Großkampfmittel, wie Geschütze und Minenwerfer, zur Verfügung stehen. Im Ministerium des Innern befaßt man sich deshalb mit der Herstellung einer Denkschrift, die alle dafür in Betracht kommenden Tatsachen dokumentarisch festgelegt und den Nachweis führen wird, daß die jetzige unzureichende Bewaffnung der Polizei der preußischen und auch der deutschen Reichsregierung in der Ausführung der Friedensbedingungen geradezu die Hände bindet.

Zur Regierungsbildung in Mecklenburg

Die Landeskonferenz der mecklenburgischen Sozialdemokratischen Partei beschloß, die Fraktion zu beauftragen, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen unter folgenden Bedingungen:

1. Sicherung der Verfassung des mecklenburgischen Freistaats und der deutschen Republik. 2. Demokratisierung der Verwaltung. 3. Ausbau der Selbstverwaltung der Aemter unter Beschränkung der Befugnisse des Drosten auf das im staatlichen Interesse notwendige Mindestmaß. 4. Sicherung und Ausbau der bestehenden Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten. 5. Sicherung und Ausbau sozialpolitischer Maßnahmen auch auf dem Gebiet der Rechtspflege. 6. Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot sowie der Erwerbslosigkeit durch Schaffung von Arbeit. 7. Förderung des Siedlungswesens. 8. Durchführung der Trennung von Kirche und Staat 9. Durchführung der Einheitsschule.

Der Antrag der von den Rostocker Sozialdemokraten geführten Opposition, ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei grundsätzlich abzulehnen, wurde, wie der „Vorwärts" mitteilt, mit 104 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Veränderung in der Redaktion der „Deutschen Zeitung". Im Stabe der „Deutschen Zeitung" ist abermals eine Veränderung eingetreten. Der bisherige Hauptschriftleiter der „Post", Dr. Kämpf, hat die Stellung eines stellvertretenden Hauptschriftleiters des Blattes übernommen.

Unterschlagung. Wie aus Braunschweig gemeldet wird, ist nach Unterschlagung und Fälschungen in Höhe von einer halben Million Mark der bei der Braunschweiger Landschaft beschäftigte Kassenassistent Meineke flüchtig geworden.

Kunst und Leben

— **Staatliche Hochschule für bildende Künste in Weimar.** Wie uns unser △-Mitarbeiter berichtet, ist am Montag nach mehrjährigem völligen Daniederliegen die „Staatliche Hochschule für bildende Kunst zu Weimar" wieder eröffnet worden, d. h. von einer Eröffnung kann man nur insofern reden, als das Sommersemester bezw. das erste Semester unter der neuen Leitung und unter neuen Verhältnissen begonnen hat. Man wird sich erinnern, daß man die alte durch den Großherzog Karl Alexander ins Leben gerufene, mit dem Aufstieg der deutschen Kunst Mitte des vergangenen Jahrhunderts und ihren bedeutendsten Repräsentanten auf das engste verknüpften „Großherzoglichen Kunstschule", welche der letzte Großherzog gelegentlich ihres 50jährigen Bestehens zur „Hochschule für bildende Kunst" erhob, zugunsten des neugeschaffenen Staatlichen Bauhauses aufhob und diesem nicht nur die der alten Anstalt gehörenden Bauten, sondern auch deren Mittel zuführte. Auf diese Verhältnisse, die bislang den Landtag für Thüringen noch nicht passiert haben, dessen Kontrolle aber noch passieren müssen, soll an dieser Stelle nicht eingegangen und nur bemerkt werden, daß es lediglich der Energie der weimarischen Kunst- und intelligenten Bürgerkreise zu danken ist, wenn die „Staatliche Hochschule für bildende Künste" heute ihre Auferstehung — wenn auch zunächst noch in bescheidenem Rahmen — feiern konnte. Die beiden Institute sind nunmehr vollständig getrennt, organisatorisch sowie künstlerisch, leider nicht auch räumlich, da beide unter dem Dach der alten Kunstschule hausen müssen; ohne das alte Kunstschulgebäude wäre das Staatliche Bauhaus obdachlos. Bei der Neuorganisation der Hochschule f. b. K. hat man insofern eine sehr glückliche Hand gehabt, als man zum Leiter des Verwaltungsapparates (Direktor) keinen der Professoren bezw. eine Lehrkraft bestellte, als vielmehr den die ganzen Verhältnisse souverän beherrschenden Staatsminister a. D. Dr. Rothe für dieses Amt gewann, der durch seine langjährige Tätigkeit als Staatsminister, als Vorstandsmitglied der Schillerstiftung, als prominentes Mitglied der Goethe-Gesellschaft, der Shakespeare-Gesellschaft und als Ausschußmitglied aller in Weimar in den letzten Jahrzehnten veranstalteten künstlerischen Ausstellungen usw. fast allen bedeutenden Männern der Kunst und Wissenschaft nahe getreten ist. Diese persönlichen Beziehungen werden dem von ihm geleiteten Institut zugute kommen und ihm Vertrauen in den weitesten Kreisen verschaffen. Die einzelnen Unterrichtszweige sind mit bewährten tüchtigen Lehrkräften besetzt, die z. T. schon an der alten Hochschule tätig waren; nur der Lehrstuhl für Landschaftsmalerei ist noch zu besetzen, doch stehen auch hier die Verhandlungen mit einer hervorragenden künstlerischen Persönlichkeit vor dem Abschluß.

th. **Zur Einführung einer neuen Rechtschreibung im Reiche** erfahren wir: Das Reich beabsichtigt die Vorarbeiten für die Reform der Rechtschreibung weiter zu führen und wird demnächst weitere Sitzungen des Sachverständigenausschusses einberufen. Das Reich will den eingeschlagenen Weg weiter verfolgen trotz der heftigen Gegenbewegung. Die Bedenken gegen die Reform will man dadurch entkräften, daß bei Einführung einer Neuordnung eine langjährige Schonzeit für die vorhandenen Bestände an Büchern und Platten vorgesehen wird. Es ist geplant, eine Neuordnung erst allmählich mit der in den Schulen heranwachsenden Generation einzuführen. Unter diesen Umständen erscheint die Gefahr der Vergeudung wirtschaftlicher Werte ausgeschlossen. Zumal die in Aussicht genommene Neuordnung sich in so engen Grenzen hält, daß die vorhandenen Bestände an Büchern und Platten auch nach einer im Laufe der Jahre durchgeführten Neuordnung ohne Beeinträchtigung ihres Wertes weiter verwendet werden können. Für die Reform sprechen nach Ansicht der Regierung folgende Gründe: Neben einer folgerichtigen lautgetreuen Ausgestaltung fordern die Bedürfnisse der Schule eine Vereinfachung der bestehenden Rechtschreibung. Das Anlernen der Rechtschreibung erfordert viel Zeit, die neuen Aufgaben der Schulen machen aber die Entfernung alles unnötigen Lernstoffes notwendig. Die Kürzung der Worte (geplant ist bekanntlich eine phonetische Kürzung) erfordert auch Ersparnis an Papier. Der gegenwärtige Zeitpunkt erscheint für eine Neuordnung insofern besonders geeignet, als eine Neubearbeitung der Schulbücher durch die Umgestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse immer dringender wird.

Englands Ausverkauf. Englische Gelehrte jammern über den Ausverkauf britischer Literaturschätze, der von Amerika betrieben wird. Die meisten verkäuflichen Inkunabeln und Erstausgaben englischer Dichter sind bereits den Weg über das große Wasser gewandert, und zwar ist besonders in den letzten Jahren dies in größtem Maßstabe geschehen. Wie ein Londoner Mitarbeiter im „Kunstwanderer" mitteilt, wurden bei der ersten Britwell-Versteigerung alle in dieser großartigen Sammlung vorhandenen Frühausgaben englischer Dramen für 30 000 Pfund von G. D. Smith in New-York erstanden. Bei dem nunmehr vollzogenen zweiten Verkauf der Britwellschen Sammlung altenglischer Lyrik war es der Antiquar Dr. Rosenbach, der sich die wichtigsten Werke sicherte. Allein die elf kleinen Klagelieder des Tudor-Dichters Churchyard brachten 2900 Pfund. Sein 1553 geschriebener „Myrrour for Man" erzielte 890 Pfund, John Skot's „Everyman" 1080 Pfund, Fletchers „Licia" 670 Pfund. New-York holte sich ferner Robert Greenes „Penelopes Weh" für 500 Pfund, „Orlando Furioso" für 400 Pfd., „History of Jacob and his twelve Sons" für 750 Pfd., „Jack Drums Entertainment" für 600 Pfd. Die fünfte Ausgabe von Thomas Lodges „Rosalynd" von 1604 wurde von Dr. Rosenbach für 630 Pfd. erstanden. Jordans „Divine Rapture or Piety in Poesie" von 1646, von dem nur noch ein anderes Exemplar im Britischen Museum bekannt ist, wurde von Rosenbach für 660 Pfd. erworben. Im ganzen ergab die Versteigerung des ersten Tages die Summe von 26 211 Pfund. Der zweite Tag war noch aufregender, und hier brachte Amerika ebenfalls die Hauptschätze an sich, wobei Preise bezahlt wurden, gegen die bei der berühmten Huthschen Sammlung erzielten Ergebnisse lächerlich gering anmuten. Eine Sammlung Plagiate auf Shakespeare, Nicholsons „Acolastus", wanderte für 1450 Pfd. in die Bücherei eines Amerikaners, während das Huth-Exemplar nur 65 Pfund gebracht hatte. Die berühmte erste Folioausgabe von Shakespeares Werken aus der Britwellschen Sammlung kam für 3600 Pfd. in den Besitz des amerikanischen Multimillionärs Widener.

— **August Thyssen, Ehrenmitglied der Aachener Hochschule.** Anläßlich des 50jährigen Bestehens seiner Mülheimer Werke und angesichts seiner außerordentlichen Verdienste um die Entwicklung der deutschen Industrie ist durch Beschluß von Rektor und Senat der Technischen Hochschule Aachen Herr Dr.-Ing. August Thyssen in Mülheim (Ruhr) zum Ehrenmitglied der Hochschule ernannt worden.

— **Hochschulnachrichten.** Wie wir erfahren, ist für das neuerrichtete Extraordinariat für Zahnheilkunde an der Universität Bonn der dortige Privatdozent Prof. Dr. Alfred Kantorowicz ausersehen. — Dem Vernehmen nach wurde zum Nachfolger des Professors D. Fr. Spitta auf dem Lehrstuhl des Neuen Testaments an der Universität Göttingen der o. Professor D. Walter Bauer ebenda ernannt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192104072-13/fragment/page=0002

Der englische Bergarbeiterstreik

Eine Folge der englischen Politik

Der große, sehr ernste Kohlenbergarbeiterstreik in England hat seine letzte Ursache in den Fehlbeschlüssen von Spa und von Versailles. Während der Tage von Spa ist gegen die ungeheuerlichen Zwangskohlenlieferungen Deutschlands nicht nur Stellung genommen worden, weil dadurch Deutschlands Wirtschaft schwer geschädigt wurde — derartige Einwürfe konnten bei unseren Gegnern nicht auf Gehör rechnen —, es ist vielmehr von neutraler und alliierter Seite und natürlich auch von uns auf die mittelbare Auswirkung jener Aderlaßpolitik hingewiesen worden. Kohlen sind nicht irgendeines der vielen Handelsgüter, sie bilden die Basis des ganzen Wirtschaftslebens aller Kulturvölker. Wer ihre Erzeugungs- und Verteilungsorganisation stört, schädigt nicht einen begrenzten Interessentenkreis, er bringt die lebenswichtigsten Wirtschaftsorganismen aller Menschen in Gefahr. Eine solche Störung in gewaltigem Ausmaß bedeutete der Vertrag von Spa, weil er, ganz abgesehen von spezifisch deutschen Interessen, den Kohlenverteilungsstrom in unnatürliche Bahnen zwang. Was nüchterne Besonnenheit prophezeite, was aber die kurzsichtigen politischen Fanatiker in Spa nicht einsehen wollten, beginnt Wahrheit zu werden, und diese Wahrheit wird den Engländern am eigenen Leibe schmerzhaft fühlbar.

Wenn ein Deutscher das behauptet, erklärt es der durch keine Sachkenntnis belastete gegnerische Politiker für Tendenz. Wir dürfen daher auf die Ausführungen der angesehenen englischen Wochenschrift „Nation" hinweisen, die in ihrer Ausgabe vom 2. April zu ganz den gleichen Schlußfolgerungen gelangt und Lloyd Georges verfehlte Politik für den Kohlenbergarbeiterstreik und seine Folgen verantwortlich erklärt. „Die deutschen Bergarbeiter arbeiten an der Ruhr 9 bis 10 Stunden, um Kohlen für Frankreich zu liefern, und Frankreich verkauft sie nach Italien und Mitteleuropa. Der britische Bergarbeiter muß Deutschlands Schulden bezahlen, aber nicht er allein, sondern das ganze englische Volk." Das heißt, durch den groben Unfug, daß mehr deutsche Kohle nach Frankreich geliefert wird, als dieses Land verdauen kann, kommt die ganze Kohlenverteilung Europas in Unordnung, insbesondere auch die englische Kohlenwirtschaft. Der natürliche Kohlenexport der großen Insel nach Frankreich stockt. Lieferungen, die England früher zu Schiff nach Italien tätigte, werden unrationell durch die Bahn, womöglich mit mehreren Umladungen, aus dem französischen Ueberfluß erledigt. Dabei werden die Preise gedrückt, weil ja Frankreich an Deutschland für seine Lieferungen keine angemessene Bezahlung leistet.

In ähnlicher Weise werden die Saarkohlen spazieren gefahren, sogar als Lockmittel den Donauländern angeboten, während man aus Oberschlesien den Polen mehr Kohlen zuschanzt, als sie für ihre Wirtschaft benötigen. Das ganze System einer sachgemäßen Kohlenversorgung Europas ist durch die täppische Hand schlecht informierter Politiker in Versailles und Spa künstlich in Unordnung gebracht. Letzten Endes müssen das alle Völker büßen, die nur gegen Deutschland gerichtete Waffe kehrt sich gegen die, welche sie schmiedeten. Die sozialen Kämpfe, die jetzt wieder Englands Wirtschaftsleben auf das schwerste erschüttern, beweisen es.

Die Streikkrise in England

w. London, 7. April.

Der Bergmannsstreik ist von tiefgehender Wirkung. Die Transportarbeiter beschlossen, die Bergleute zu unterstützen. Ein gleicher Beschluß der Eisenbahner ist zu erwarten. Die Bemühungen um neue Verhandlungen mit den Bergleuten sind gescheitert. Die Pumpen ruhen. Beide Häuser des Parlaments nahmen gestern die Notstandsverordnung an.

Als die Bergleute sich einverstanden erklärten, heute mit Vertretern der Bergwerksbesitzer und der Regierung über ein Abkommen zu verhandeln, glaubte man, daß sie die gestern von Lloyd George mitgeteilten Bedingungen für die Konferenz annahmen. Gestern abend erklärte Lloyd George im Unterhause, der ausführende Bergmannsausschuß habe jetzt abgelehnt, die Anweisung zur Pumpenarbeit während der Verhandlungen zu geben. Das war eine der erwähnten Bedingungen. Lloyd George erklärte, Verhandlungen seien unmöglich, bevor nicht dies Hindernis überwunden sei, und ermahnte die Führer, ihre Entscheidung zu überlegen. Das Unterhaus nahm dann die Notstandsverordnung in Verbindung mit dem Bergarbeiteraustand mit 270 gegen 60 Stimmen an. Auch das Oberhaus nahm sie an.

In seiner vorgestrigen Unterhausrede über die Krise in der Kohlenindustrie erklärte Sir Robert Horne, er habe Hoffnung, daß die Arbeiter jetzt mehr bereit sein würden als letzte Woche, in Verhandlungen über eine friedliche Regelung einzutreten, die weder eine Unterstützung noch eine Kontrolle von seiten der Regierung umfassen. Horne schlug eine Erörterung des Lohnsystems für die verschiedenen Distrikte vor, worauf mehrere Arbeitermitglieder riefen: „Niemals!" Clynes beklagte sich darauf, daß die Regierungskontrolle so plötzlich aufgehört habe. Er schlug eine vorläufige Fortsetzung der Regierungskontrolle vor, während die gesamte Frage weiter erwogen werde. Der Streik könnte durchgekämpft werden, es sei jedoch besser, ihn durchzudenken. Clynes richtete an die Regierung den Appell, wieder als Vermittlerin aufzutreten. Thomas erklärte, die Arbeiter seien einmütig der Ansicht, dies sei der erste Versuch, ihren Lebensstandard herabzudrücken. Die Eisenbahner seien der Ansicht, wenn die Bergarbeiter unterliegen würden, so seien die Eisenbahner die nächste Verteidigungslinie. Die Zahlen seien überwältigend zu Gunsten eines Weitergreifens des Streiks. Die Bergarbeiter würden und könnten die Hungerlöhne nicht annehmen, und die Eisenbahner würden sie dabei unterstützen. Thomas schloß mit der Hoffnung, daß beide Parteien noch zusammengebracht werden könnten. Das Arbeitermitglied Hortshorn erklärte, das Spa-Abkommen sei schuld an der vollständigen Zerstörung der britischen Märkte für Ausfuhrkohle.

Auch im Oberhause wurde gestern die Kohlenlage erörtert. Lord Curzon hob in einer Rede den Ernst der Lage nachdrücklich hervor und sagte, sie könne noch ernster werden. Die anderen Mitglieder des Arbeiterdreibundes müßten noch entscheiden. Er zittere fast bei dem Gedanken daran, wie das Ergebnis sein könne. Es sei keineswegs undenkbar, daß England vor Ende der Woche einer Krisis gegenüberstehen könnte, die ebenso ernst sei wie irgendeine Kriegskrisis. Der industrielle Streik könnte sich zu einer nationalen Gefahr auswachsen, begleitet von Unordnung, Gewalt und Klassenkampf in akuter Form. Keine Regierung könne einer solchen Drohung nachgeben, und unter diesen Umständen werde die Regierung einen eigenen Sicherheitsausschuß bilden zum Schutze der Gesellschaft vor Vernichtung. Curzon schloß, es seien reichlich Lebensmittel vorhanden und die Mittel zu ihrer Beförderung stehen bereit. Es würden Maßnahmen getroffen zur Bereitstellung der notwendigen Kräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Verteidigung der öffentlichen Gebäude. Die Regierung würde jede Gelegenheit ergreifen, die sich zur Versöhnung biete. Die Türen ständen offen unter der grundsätzlichen Bedingung, daß es eine Unterstützung der Kohlenindustrie nicht geben könne. Ein Nachgeben in diesem Punkt sei unmöglich.

Die 50 prozentige Abgabe

Nach dem „Journal des Debats" wird die 50prozentige Abgabe von den eingeführten deutschen Waren von der Zollverwaltung in derselben Form wie die anderen Zölle erhoben, ihre Zahlung jedoch besonders bescheinigt werden. Die Abgabe soll erhoben werden vom Einfuhrwert nebst Transport- und Versicherungskosten, wobei der Einfuhrwert deklariert werden muß und die Belegpapiere vom Exporteur beigebracht werden müssen.

Die Abgabe soll sich auch erstrecken auf Rohprodukte, die in anderen Ländern verarbeitet worden sind, wenn die deutschen Bestandteile 50 Prozent vom Werte des Endprodukts darstellen. Man meint, daß der deutsche Exporteur bei Verfehlungen gegen die Bestimmungen ebenso wie der französische Importeur zur Verantwortung kommen und gemeinsam mit diesem haften soll. Ausgeschlossen sind Handelswaren und alle Waren nach Maßgabe des bis zum 8. März 1921 bezahlten Teilbetrags ihres Wertes. Die Waren sollen unter Zollverschluß lagern, und zwar soll der volle Betrag der Abgabe entrichtet werden. Die Rückzahlung soll nach erfolgter Wiederausfuhr geschehen. So will man verhindern, daß der französische Importeur Warenlager unter Zollverschluß hält, um das Gesetz zu umgehen.

Karl wieder in der Schweiz

w. Wien, 7. April.

Unter Schmähreden und Bedrohungen seitens der Bevölkerung durchfuhr der Zug mit dem Exkaiser die österreichischen Stationen und langte auf Schweizer Gebiet an. Einstweilen wurde ihm Luzern zum Aufenthalt angewiesen.

Die „Wiener Allg. Ztg." meldet ergänzend zu den Vorgängen in Brück: Nach Schluß der Verhandlungen mit der Arbeiterschaft versammelte sich diese in den Wartesälen, und nur etwa 100 Vertrauensleute waren auf dem Bahnsteig zurückgeblieben. Als der Zug des Exkaisers einfuhr, sprengten die Arbeiter die verschlossenen Türen und eilten auf den Bahnsteig, der sofort von einer nach Tausenden zählenden Menge gefüllt war. Ein Führer hielt eine Ansprache und brachte ein Hoch auf die Republik aus, worauf die Arbeiter mit Abzugsrufen auf die Habsburger antworteten. Die Arbeiter stürmten gegen den Wagen des Exkaisers und forderten, daß er sich am Fenster zeige. Gendarmerie, die den Zug begleitende Mannschaft und Entente-offiziere wehrten die Arbeiter mit blanker Waffe ab. Der Zug fuhr hierauf in raschem Tempo aus der Station und setzte die Fahrt fort.

Die „Wiener Allg. Ztg." meldet aus Graz: Als gestern um 7 Uhr kurz vor dem Eintreffen des Zuges aus Steinamanger der Triester D-Zug in die Station Frohnleiten einfuhr, bemerkte der Lokomotivführer, daß die Geleise durch einen Holzstamm verlegt waren. Er brachte den Zug zum Stehen, wobei die Lokomotive noch von dem Stamm gestreift wurde. Nachdem das Hindernis beseitigt war, setzte der Zug seine Fahrt nach Bruck an der Mur fort. Die Station war von einer tausendköpfigen Menge besetzt. Die Passagiere wurden mit Schmähreden empfangen. Vertrauensmänner der Arbeiter durchsuchten die Waggons, augenscheinlich in Erwartung, daß sich Exkaiser Karl unter den Passagieren befinde. Nach längerem Aufenthalt setzte der Zug seine Fahrt nach Wien fort, wo er mit einer Stunde Verspätung anlangte.

Der Rückzug der Griechen in Kleinasien

Die gesamte Presse hebt die ernste Lage des griechischen Heeres hervor. Daily Expreß meldet aus Konstantinopel: Die kemalistischen Berichte behaupten, daß der Feind endgültig geschlagen ist. Die griechischen Verluste, Gefangene nicht einbegriffen, würden auf 4000 Mann geschätzt. 150 griechische Offiziere sollen gefallen sein. In maßgebenden Kreisen in Konstantinopel herrsche die Ansicht, daß eine vollständige Vernichtung des griechischen Heeres nur durch ein Eingreifen der Alliierten und die Auferlegung eines Waffenstillstandes verhindert werden könne.

Reuter meldet aus Smyrna, daß der dort ausgegebene griechische Bericht den Rückzug über die ursprünglichen Stellungen bestätige. Einer anderen Reutermeldung zufolge sind in amtlichen Kreisen in London Telegramme eingetroffen, nach denen die Griechen mehrere tausend Mann verloren und sich in einer Tiefe von 70 bis 80 Meilen zurückgezogen haben.

Eine ordentliche Abfuhr für den „Vorwärts"

Der Generalmajor v. Wrisberg hatte vor einigen Wochen die Anfrage an die Regierung gerichtet, warum sie das von ihm gesammelte Material über feindliche Kriegsgreuel nicht veröffentliche, um den feindlichen Lügen über die deutsche Kriegsschuld entgegenzutreten. Diese Anfrage, und vor allem das Material zur Zerstörung der feindlichen Lügen, scheinen dem „Vorwärts" außerordentlich peinlich gewesen zu sein. Denn er beschimpfte daraufhin den General v. Wrisberg persönlich in der gemeinsten und niedrigsten Weise, nach echt sozialistischer Methode. Diese Ungehörigkeit des „Vorwärts" hat den General veranlaßt, dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei folgende Abfuhr zu erteilen. Wir lesen darüber in der „Kreuzzeitung":

„Zunächst verbittet sich der „Vorwärts" energisch, „daß da, wo von deutscher Ehre die Rede ist, sich die „Ludendorff-Clique" in den Vordergrund drängt."

Verbitten kann sich der „Vorwärts" die Sache so viel und so oft er will. Das wird keinen ehrliebenden deutschen Mann, am wenigsten mich davon abhalten, für Deutschlands und des ehemaligen Feldheeres Ehre einzutreten, wenn er es für nötig hält.

Der „Vorwärts" schreibt weiter, daß, wenn wirklich die deutsche Ehre und das deutsche Ansehen vor dem Ausland geschützt werden sollen, es zunächst nötig sei, „daß die deutschen Kriegshetzer sich mucksmäuschenstill verhalten" sollten. Ich weiß nicht, auf wen sich dies beziehen soll. Sollte etwa dem General Ludendorff oder mir der Vorwurf der Kriegshetzerei gemacht werden, so wäre dies eine ganz unverschämte, gemeine Lüge und Verleumdung. Haben Sie verstanden, Herr „Vorwärts"?

Dasselbe Blatt fragt weiter, mit welchem Recht ich im Namen des Frontheeres rede, etwa, weil ich mir in meinem Bureau in der Wilhelmstraße das E. K. I umgehangen habe?

Ich habe mit dem Recht geredet, das jedem Soldaten des Feldheeres, dem auch ich angehört und in dessen Reihen ich mein Blut vergossen habe, zusteht. Ich habe das Recht, weil hunderttausende von ehrliebenden Soldaten ebenso hinter mir stehen, wie die deutschen Väter und Mütter, die ihre Söhne durch die Kriegsgreuel unserer Gegner elendiglich verloren haben.

Wollen Sie dieses Recht diesen Eltern, Soldaten oder mir verweigern, so soll es hier festgenagelt sein.

Was die mehr als klägliche Bemerkung betreffend E. K. I anlangt, so ist es mir vollständig „schnuppe", wie der „Vorwärts" hierüber denkt. Für mich genügt es, daß mein Kriegsherr, Se. Maj. der Kaiser, mir das E. K. I für meine Arbeit um das Feldheer persönlich übergeben hat.

Es ist eine Dreistigkeit, im Vergleich mit der „Foch-Lüge" von „Ludendorff-Lüge" zu sprechen. Solche Vergleiche weist jeder ehrliebende Deutsche mit Verachtung zurück. Haben Sie mich verstanden, Herr „Vorwärts"?

Wenn das Blatt zum Schluß meint, daß das, was unter der direkten Kriegseinwirkung an der Front geleistet ist, erträglich und verzeihlich sei, „gemessen an der vergiftenden Hetzarbeit, die weit, weit hinter der Front in gesicherten Bureaus und Schreibstuben geleistet wurde", so kann ich dem nur zustimmen, wenn mit diesen Bureaus die gemeint sind, von denen der Dolchstoß ausging, der unser braves Heer im Rücken traf und den Verlust des Krieges herbeiführte. Diese Bureaus dürften dem „Vorwärts" wohl bekannt sein. Im übrigen kann der „Vorwärts" versichert sein, daß ich mich durch nichts, auch nicht durch solche persönlichen Anwürfe, wie sie dieses Blatt beliebt hat, abhalten lassen werde, für die Ehre Deutschlands und unseres braven Feldheeres einzutreten, wenn ich es für nötig halte. Haben Sie mich verstanden, Herr „Vorwärts"?

v. Wrisberg,
Generalmajor a. D., während des Krieges Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements.

Aufsehenerregende Verhaftung. Die „B. Z. am Mittag" berichtet folgendes: Der Direktor der Berliner Kleiderverwertungs-Gesellschaft, Nowarra, ist unter aufsehenerregenden Umständen verhaftet worden. Schon seit längerer Zeit sind über die Geschäftsführung des Direktors eigentümliche Gerüchte verbreitet gewesen und man sprach oft davon, daß Nowarra seine Stellung dazu benutzt hat, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Daß ihm dies gelungen ist, hat die von der Staatsanwaltschaft angeordnete Durchsuchung der Wohnung des Verhafteten in der Bamberger Straße gezeigt. Man entdeckte dort ein versiegeltes Paket, in dem sich eine Million Mark befand. Das Geld wurde sofort beschlagnahmt. Die Verhaftung ist auf Veranlassung des Wohlfahrtsministers Stegerwald erfolgt.

Revision gegen das Urteil Hiller. Von der Staatsanwaltschaft ist gegen das Urteil des außerordentlichen Schwurgerichts gegen den Oberleutnant d. R. Hiller Revision angemeldet worden. Ebenso hat der Verteidiger des Angeklagten Revision gegen das Urteil eingelegt. Der Prozeß wird nunmehr vor dem Reichsgericht verhandelt werden.

Wetterbericht

Wettervorbersage des amtlichen Wetternachrichtendienstes für Freitag: Heiter, trocken, tagsüber wärmer, nachts Frostgefahr.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten i. V.: Ernst Messerschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Heilling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellheim. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallenschen Zeitung, Halle a. S.

Gummi-Mäntel (Friedensgummierung) Mk. 450 — 550 — 650 — 750 — 850

Loden-Mäntel (Beste Imprägnierung) Mk. 325 — 425 — 525 — 625 — 725

Endepols & Dunker,
Grosse Ulrichstrasse 19/20

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192104072-13/fragment/page=0003

Auf 1000faches Verlangen!

Heute

Der Film, welcher in dieser Woche das meiste Interesse erregt!!!

Nur Donnerstag, Freitag u. Sonnabend!

7. bis 9. April

Nur drei Tage! I. und II. Teil

!! Beide Teile zusammen !!

Auf vielseitigen Wunsch! I. und II. Teil

„Der Tod in Venedig". „Die Macht des Blutes". „In der Schlinge des Inders".

Da der Andrang sicher ein kolossaler und die Dauer des gesamten Programms 2½ Stunden währt, bitten wir, möglichst schon die **Nachmittags-Vorstellung** Vorführung: 4.00 6.15 8.20. (Kassenöffnung 3½ Uhr, Beginn 4 Uhr) gefl. besuchen zu wollen! Vorführung: 4.00 6.15 8.20.

U.T

Alte Promenade 11a.

Ab morgen der große 6teilige Fortsetzungsfilm

Der Mann ohne Namen

nach dem Roman von **Gerh. Seeliger**
Peter Voss, der Millionendieb.
I. Teil: **Der Millionendieb.**

5 sensationelle spannende Akte mit
Harry Liedtke, Georg Alexander, Jacob Tiedtke, Mady Christians.
Vorführung: 4.20 6.30 8.50.
Dazu ein Lustspiel und der übrige Spielplan.
Beginn Sonntags 3, Wochentags 4 Uhr. Kleine Preise aufgehoben.

U.T

Lichtspiele Fernruf 1224. **Leipzigerstrasse.** Fernruf 1224.

Ab Freitag, den 8. April 1921: **Das grosse Doppelprogramm!**

Joe Jenkins

in seinem neuen sensationellen Detektiv-Abenteuer

Der Pokal d. Fürstin.

5 spannende Akte. Vorführung: 5.00 7.10 9.30.

Erika Glässner

in dem grossen 5aktigen Lustspiel

Der Liebeskorridor.

In Leipzig durchschlagender Erfolg. Tränen werden gelacht.
Vorführung: 4.00 6.10 8.20.

Beginn: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
— Trotz des Riesenprogramms Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise. —

Apollo-Theater

Heute und folgende Tage Anfang 7½ Uhr:

„Onkel Muz"

Singspiel i 3 Akt. v. Gilbert.

Stadt-Theater

Freitag, den 8. April, Anfang 7, Ende 9¼:
Der fliegende Holländer
von Richard Wagner.
Sonnabend:
Drum prüfe, wer sich ewig bindet
(Don Pasquale)
Operette von Donizetti.

Thalia-Theater

Sonntag, den 10. April, abends 7 Uhr:

Das Glück im Winkel

Schauspiel v. Sudermann.

Alte unmoderne Herren-Hüte

werden schnell, sauber u. preiswert umgearbeitet.

Carl Müller,
Poststr. 3.
Fernruf 4612.

Otto Schimpf,
Herrenschneiderei,
Graiewa 3a.
direkt am Markt, verarbeitet auch Stoffe, welche Kunden selbst liefern. Garantie für guten Sitz. Wenden. Umarbeiten.

Aichenfuhren werden sof. ausgeführt. Große Fuhre 45.— Mk. **R. Härtel,** Verchenfeldstraße 14 Eing. Schützenstraße. Telephon 5822.

Walhalla

Lichtspiel-Theater

Ab Freitag, den 8. April 1921

Der Cowboy-Milliardär!

Amerikanisches Sensationsdrama in 5 Akten.

Aus dem Leben der Goldgräber. Tücke und Leiden der goldgierigen Cowboys. Sensationelle Ueberfälle und Verfolgungen.

Vorführung: 4.00 6.35 9.15 Uhr.

Maria Zelenka - Bruno Kastner - Hanni Weise

in dem vieraktigen Schauspiel

Alfred von Ingelheims Lebensdrama

Nach dem gleichnamigen Roman von Hans Land.

Vorführung: 5.25 8.00 Uhr.

Die neueste Messter-Woche

Piano-Reparatur u. Stimmung

fachgemäss — erstklassig.

Gust. Slawik,
Klaviertechniker u. Konzertstimmer,
Fernruf 4677. Gr. Wallstr. 8.

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstigen Besorgungen nur bei den Inserenten der „Halleschen Zeitung" vornehmen zu wollen.

Modernes Theater

die führende Kleinkunst-Bühne.
Neue Promenade 8. Fernruf 5691.

Das April-Programm ist wieder

ein großer Schlager!

10 Attraktionen. Anfang 7½ Uhr.

Donnerstag: Cabaretti u. Ball.

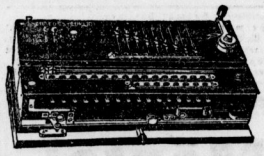
Von der Reise zurück.

Dr. Walther

Facharzt für Ohr, Nase und Hals.
Sprechstunde 9—12, 3—4.
Gr. Steinstraße 74 (Café Bauer).

Rechenmaschine

Mercedes Euklid



Aug. Weddy, Halle a. S.

Freitag, 8. April 1921, nachmittags 3½ Uhr im **„Hofjäger",** Lindenstraße 78.

Ph^s. van Ommeren (Hamburg) G. m. b. H.

Fernruf: Merkur 6094/99. Alsterdamm 10-11. Börsenstand Platz 39 a.

N. Y. K.
Nippon Yusen Kaisha.

Hamburg-Ostasien.

D. „Tsuruga Maru" 9. April
D. „Mito Maru" Mai nach

Port Said, Colombo, Singapore, Hongkong, Shanghai, Kobe, Yokohama und in Durchfracht nach anderen **ostasiatischen Plätzen.**

Hamburg-Niederländisch-Indien.

D. „Lisbon Maru" 20. April

nach **Port Said, Colombo, Batavia, Samarang, Soerabaya** u. in Durchfracht n. and. **niederländisch-indischen Plätzen.**

Phs. van Ommeren (Hbg.) G. m. b. H., Hamburg
Norddeutsch. Lloyd, Ostasiat. Fahrt, **Bremen.**

Holland-Britisch-Indien-Linie
(Vereinigte Niederl. Schiffahrts-Gesellschaft).

Hamburg-Indien

Linie A:
D. „Vechtdijk" 7. Mai
nach
Port Said, Suez, Bombay, Calicut, Cochin, Karachi und in Durchfracht nach dem **Persischen Golf.**

Linie B:
D. „Stadsdijk" 16. April
D. „Aldebaran" 14. Mai
nach
Port Said, Suez, Colombo, Madras, Rangoon und Calcutta
sowie üblichen Durchfrachtplätzen.

Holland-Südafrika-Linie.

Hamburg-Südafrika

	ab Antwerp	ab Hamb.	ab Rotterd.
D. „Randfontein"	28. April	6. Mai	11. Mai
D. „Rietfontein"	13. Juni	9. Juni	2. Juni
D. „Bloemfontein"	—	2. Juli	—

nach
Walfischbay, Lüderitzbucht, Kapstadt, Port Elisabeth, East London, Durban, Lourenco Marques, Beira

Phs. van Ommeren (Hamburg) G. m. b. H., Hamburg, Drewes & Focke, Bremen.

Ununterbrochene Stückgutannahme in Hamburg: Schuppen 58.
Passagen nach Ost-Asien und Süd-Afrika verfügbar.

Bad Blankenburg

Thüringer Wald.

Klimatischer Kurort und Sommerfrische im schönsten Teile des Thüringer Waldes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192104072-13/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 7. April.

Zu den Eisenbahnattentaten!

Ein zweiter Täter gefaßt

Als Mittäter des bereits inhaftierten Arbeiters Paul Jakob zu dem Eisenbahnattentat bei Gröbers ist der Arbeiter Stanislaus Harych, 20 Jahre alt, ermittelt und durch die hiesige Kriminalpolizei außerhalb festgenommen worden. Er ist dem außerordentlichen Gericht zugeführt. Vorher hatte er ein volles Geständnis abgelegt. Schon früher hatte Harych mit Jakob Straftaten begangen und war erst anfangs März dieses Jahres aus mehrmonatlicher Untersuchungshaft in Weimar entlassen.

Da Jakob das erstbegangene Eisenbahnattentat bei Ammendorf allein ausgeführt hat, sind jetzt beide Fälle restlos aufgeklärt.

Die Säuberung des Saalkreises

Zwei Hundertschaften der Halleschen Schutzpolizei, die gestern zurückgekehrt sind, waren in den letzten Tagen damit beschäftigt, die Ortschaften des nördlichen Saalkreises in Gegend Petersberg zu säubern. Die unternommenen Streifen führten die Schupo in dem Gelände rechts der Saale bis nach Könnern. Es kam bei diesen Unternehmungen zu kleinen, unbedeutenden Schießereien mit vereinzelten aufrührerischen Elementen, doch hatte die Schupo keine Verluste. Es wurden im ganzen 9 Gefangene eingebracht.

Die planmäßigen Säuberungen des Saalkreises nehmen ihren Fortgang.

Unabhängig vom städtischen Elektrikerstreik!

Unsere „Hallesche Zeitung" ist durch Streiks im städtischen Elektrizitätswerk in der nachrevolutionären Zeit wiederholt in Mitleidenschaft gezogen worden. Das erklärt sich daraus, daß die „Hallesche Zeitung" direkt an das städtische Elektrizitätswerk angeschlossen ist und infolgedessen von den Launen unverantwortlicher Terroristen in dem städtischen Betriebe abhängig wurde.

Als im Jahre 1911 der Neubau unseres Verlagshauses und die Neuausstattung des Betriebsraumes mit den modernsten Maschinen erfolgte, war auch die Aufstellung eines Dieselmotors beabsichtigt, der den ganzen Betrieb und das ganze Verlagsgebäude aus eigener Zentrale mit Licht und Kraft versorgt hätte. Die Ausführung dieses Planes unterblieb aber, weil der damalige Direktor des städtischen Elektrizitätswerkes sich an den Verleger und Druckereibesitzer der „Halleschen Zeitung", Herrn Otto Thiele, persönlich mit der Bitte gewandt hatte, die „Hallesche Zeitung" als Großabnehmer direkt an das städtische Elektrizitätswerk anzuschließen, weil letzteres dadurch wesentlich unterstützt würde. Um auf diese Weise städtischen Interessen zu nützen, sah Herr Otto Thiele dann von der Aufstellung eines eigenen Motors ab. Es wurde ein direkter Strang zum Transformator am Riebeckplatz gelegt, was der Stadt infolge der tiefen Grabungen nicht unbeträchtliche Ausgaben verursachte. Die Anlage wurde aber ausgeführt, weil man damals auf beiden Seiten noch nicht die revolutionären Umwälzungen und die Tatsache, daß städtische Arbeiter gegen ihre eigenen Interessen verstoßen würden, voraussehen konnte.

Nachdem die städtischen Elektriker aber wiederholt durch törichte Willkür das Wirtschaftsleben der Stadt schwer geschädigt haben, hat auch Herr Otto Thiele sich schließlich veranlaßt gesehen, die „Hallesche Zeitung" und ihre umfangreiche Buch- und Kunstdruckerei durch Aufstellung einer besonderen Maschinenanlage vom städtischen Elektrizitätswerk unabhängig zu machen. In Zukunft wird also ein Streik der städtischen Elektriker das Erscheinen der „Halleschen Zeitung" und der anderen in ihrer Druckerei hergestellten Druckschriften in keiner Weise mehr behindern können. Den städtischen Arbeitern scheint noch garnicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß sie durch ihre unsinnigen Streiks einen Großabnehmer nach dem andern verdrängen und schließlich ihre eigene Existenz gefährden. Angesichts ihres lästigen Terrors blieb aber auch für uns nichts anderes mehr übrig, als uns in der Versorgung mit Kraft und Licht selbständig und damit von sozialistisch-kommunistischer Willkür unabhängig zu machen.

Rund 8000 Mk. für die Schupo-Spende

In unserer Geschäftsstelle gingen seit unserer gestrigen Quittung folgende neue Spenden für die Schutzpolizei ein: Otto Thiele, Verleger der „Hall. Ztg." 1000 M, Ungenannt 50 M, P. 20 M, Scholtz 5 M, W. C. 10 M, Labitzke 100 M, Ungenannt 5 M, J. K. 20 M, Frl. E. Voigt 5 M, Fr. M. Döring 20 M, H. H. Streit 5 M, H. S. 5 M, Fr. J. S. 2 M, Vstg. 100 M, Ilgenstein 10 M, B. Döllnitz 25 M, P. 5 M, Abonnent d. „H. Z." 50 M, B. M. 100 M, Nötefind 20 M, Zimmerling 10 M, H. N. 50 M, Dr. P. 50 M, Frau W. 20 M, Karl Jöstel 5 M, E. R. 10 M, Ungenannt F. G. 20 M, Schlüter 2 M, Narutz 10 M, Wendenburg-Weßmar 100 M, Ungenannt 5 M, Ungenannt 10 M, Ungenannt 100 M. Ungenannt 200 M, Ungnannt 200 M, Ungenannt 25 M, W. P. 15 M, Ungenannt 10 M. Zusammen 2399 M.

Bisher . . .	5512,50 M
Heute . . .	2399,— „
Bis jetzt	7911,50 M

Die Zone des Ortstarifs

für Postsendungen im Landbestellbezirk Halle.

Nachstehend geben wir eine Uebersicht über die Ortschaften der näheren Umgebung von Halle, die zum Landbestellbezirk Halle gehören und somit nur dem postalischen Ortstarif unterliegen (Postkarten 30 Pfg., Briefe 40 Pfg.):

Abdeckerei, Canenaer Weg; Aktien-Ziegelei bei Trotha; Aktien-Ziegelei bei Sennewitz; Artilleriestraße 2, 3, 15 a, 20; Bahnwärterhaus bei Beesen; Benemanns Fabrik; Bergschenke (Seeben); Böckestraße; Böllberg; Bootshäuser; Bruckdorf und Mühle; Canena; Chausseehaus an der Mansfelder Straße; Conrads Mühle; Delitzscher Straße, Aeußere, 8—28 und 38—47; Dessauer Straße 48, 48 a, 48 b und 49; Dessauer Straße, Aeußere, 50—53; Döckritz; Dreckente; Eigenhaussiedlung „Südost"; Erholungsheim; Feldschlößchen; Flugplatz; Flurhüterhaus; Gärtnereien Hientsch, Schumann, Könnicke, Richter; Gertraudenfriedhof; Gimritz; Goldschmieden; Gruben „Frohe Zukunft", „Alwine", „Glückauf"; Gutenberg; Hädickes Ziegelei, Hallesche Straße 3 a, 82, 87, 98, 102, 104—106, 110—115; Heidepark; Irrenanstalt Nietleben; Kabelhäuser; Kaiserhaus; Kasseler Straße 2, 3, 4; Krinitzstraße; Laues Mühle; Leipziger Chaussee; Lettiner Weg; Lindenhof und Gärtnerei Bach; Lüttichs Ziegelei, Merseburger Straße 80 und 88; Mötzlich; Müllers Rosengarten; Obstweinschenke; Peißnitz; Posthorn; Provinzial-Irrenanstalt (siehe Irrenanstalt); Pumpstation der Irrenanstalt; Rabeninsel; Restaurant zum Leuchtturm; Nusches Hof, Merseburger Straße; Sandanger; Sandgrube bei Mötzlich; Sandhöhe; Sanssouci; Schäferei; Schurigs Garten; „Schwan"; Seeben; Sennewitz; Spargelanlage bei Zwintschöna; Sportpark; Strommeisterei; Talstraße (Villen); Tornau; Ueberlandzentrale; Voigtshaus; Walderholungsstätte; Waldkater; Wasserwerk; Weinberg; Ziegelei Gebrüder Müller; Zwintschöna Dorf und Mühle.

Deutsche Kinderhilfe

Die meisten Veranstaltungen für das so überaus notwendige Kinderhilfswerk haben teilweise in letzter Stunde noch wegen der kommunistischen Unruhen verschoben werden müssen. Für die Haus- und Straßensammlungen und die Aufführungen des Vaterländischen Frauenvereins ist die erste Maiwoche in Aussicht genommen. Folgende Veranstaltungen finden jedoch im April statt:

Am 11. April wird zugunsten der Kinderhilfe der am Karfreitag mit so großem Beifall aufgenommene „Messias" von Händel nochmals in der Pauluskirche zur Aufführung kommen. Mit Rücksicht auf die Polizeistunde wird das Werk bereits um 7½ Uhr beginnen. Die Altpartie hat diesmal die Konzert- und Oratoriensängerin Frl. Margarete Zehler übernommen. Die Besetzung der anderen Solopartien bleibt dieselbe. Die Preise für die Plätze betragen 3, 4 und 6 Mark und sind wie die Textbücher für 1,50 Mk. im Vorverkauf bei Hothan zu haben. Der Pauluskirchenchor unter seinem Leiter Karl Bohde wird mit dieser Wohltätigkeitsaufführung sein 50. öffentliches Kirchenkonzert veranstalten.

Der mehrfach verschobene Lichtbildervortrag von Prof. Dr. Lehnerdt über „Die Not des Kindes" soll ebenfalls am 11. April abends 8 Uhr im Melanchthonianum der Universität stattfinden.

Zum Besten der Kinderhilfe veranstaltet der Lehrerinnenverein am 14. April abends 8 Uhr im großen Saale des Neumarktschützenhauses einen bunten Abend.

Die Quäkerspeisungen an der Universität Halle

Von Geh. Konsistorialrat Prof. Dr. v. Dobschütz, Halle.

Ein Semester Quäkerspeisungen liegt hinter uns. Es gilt einen kurzen Rückblick darauf zu werfen. Schon lange hatten die Quäker — die Religiöse Gesellschaft der Freunde, wie sie sich selber nennen — für bessere Ernährung unserer Schulkinder gesorgt, getrieben allein von dem Bestreben, zu helfen, die schädlichen Folgen des von ihnen verurteilten Krieges zu mildern, unserem Volke zu beweisen, daß es auch unter den durch die Politik zur Feindschaft gegen uns getriebenen Völkern Menschen gibt, die sich in ihrer christlichen Nächstenliebe nicht beirren lassen. Da faßten sie den hochherzigen Gedanken, die gleiche Hilfe auch den Studierenden der deutschen Hochschulen zugute kommen zu lassen, in der richtigen Einsicht, daß hier die Not oft ganz besonders groß und die Gefahr einer dauernden Schädigung durch Unterernährung besonders dringend sei. Wohl fehlte es nicht an Stimmen, die in Verkennung der freundlichen Absicht der Quäker diese Auslandshilfe ablehnen zu sollen meinten. Ihnen konnte man nur sagen: Schafft Ihr selbst die nötige Abhilfe! So lange das nicht geschieht, nehmen wir dankbar die fremde Hilfe an. Und es war wirklich eine große Hilfe, die die Quäker uns geleistet haben. Allein schon die von ihnen gestifteten Lebensmittel stellen einen Wert von fast 70 000 Mk. dar. Die Gelder dafür kamen — wie die Quäker ausdrücklich betont haben, — zumeist aus englischen, nur zum kleinsten Teil aus amerikanischen Freundeskreisen; die amerikanischen Gelder flossen zumeist den Kinderspeisungen zu.

So war es möglich, für den geringen Preis von 2,50 Mark ein reichliches, kräftiges, wirklich nahrhaftes Mittagessen für die Studentenspeisungen in Halle zu liefern. Der Besuch der Speiseanstalt, der zu Beginn des Wintersemesters infolge der Preiserhöhung auf 3 Mk. für das Mittagessen unter die Zahl 300 gesunken war, hob sich im Dezember auf durchschnittlich 470, im Januar stieg er auf 560, im Februar bis auf 600. Die Gesamtzahl der verausgabten Portionen betrug im November 9960, im Dezember 14 044, im Januar 16 134, zusammen 40 138.

Aber nicht nur, daß so die Gesamtheit ein möglichst verbilligtes und zugleich wesentlich verbessertes Mittagessen erhielt, die Quäker hatten zur Bedingung ihrer Lieferung gemacht, daß von jeden 2,50 Mk., die bezahlt wurden, die Speiseanstalt nur 2 Mk. einnahm, während aus dem Rest ein Freitischfonds gebildet wurde. So kam es, daß jedem fünften Teilnehmer an der Speisung das Mittagessen unentgeltlich geliefert werden konnte. Dank den Quäkern hatten auf diese Weise etwa 100—120 Studierende ihren Mittagstisch frei.

Uebrigens haben die Quäker immer betont, daß sie nur einen Zuschuß lieferten. Er war anfangs auf 1 Mk. pro Kopf, später (ab 1. Januar 1921) auf 1,50 Mk. berechnet, während die Speiseanstalt zur „Tulpe" ihrerseits für 2 Mk. zu liefern hatte. Hierin sind aber natürlich auch die Herstellungskosten einbegriffen. Um die Nebenkosten möglichst gering zu machen, wurde von der bisherigen Art der Bedienung abgesehen und eingeführt, daß sich jeder sein Essen selber am Schänktisch holt, ein Verfahren, das sich durchaus bewährt und bald unter den Kommilitonen eingebürgert hat. Eine Gruppe von 16 Professoren-Damen übernahm es freundlicherweise, die Essenausgabe zu besorgen, ein anstrengender, aufopferungsvoller Dienst, für den die Studentenschaft ihnen zu großem Dank verpflichtet ist.

Die indirekten Wirkungen des Quäkerwerkes gehen aber noch weiter, nachdem einmal die Not unter den Studierenden bekannt geworden war und sich gezeigt hatte, daß selbst die stattliche Vermehrung der Freitische durch das Quäkersystem — zu den auf alten Stiftungen beruhenden etwa 75 Universitäts-Freitischen kamen die oben erwähnten 100—120 Quäkerfreitische — nicht ausreichte, um der Not zu steuern, da erfolgte ein Appell an die Freigebigkeit der Professoren und der Bürger Halles, der ein doppeltes, sehr erfreuliches Resultat erbrachte: Einmal nämlich gingen beträchtliche Gelder ein — die Sammlung ist noch nicht abgeschlossen —, die es er-

SONDER-VERKAUF.

Um für unsere großen Pfingsteinkäufe preiswerter

farbiger Damen- und Herren-Schuhe und -Stiefel

Raum zu schaffen, verkaufen wir unsere bewährten, guten Qualitäten

Schwarze Damen- und Herren-Stiefel

Serie I	Serie II	Serie III	Serie I	Serie II	Serie III
Damen-Boxkalb, Rindbox, meist Rahmenware	Damen-Boxkalb, Chevreau, Rindbox, meist allerfeinste Rahmenware	Damen-Boxkalb, Chevreau, Lack mit Hochschaft, Extra-Ausführung	Herren-Boxkalb, Rindbox, meist Rahmenware	Herren-Chevreau, Boxkalb, Rindbox, nur allerfeinste Rahmenware	Herren-Chevreau, Boxkalb und Lack, Extra-Ausführung
139,-	165,-	189,-	139,-	165,-	189,-

Diese Artikel bieten eine einmalige Kaufgelegenheit weit unter dem heutigen Herstellungspreis.

Stiller's Schuhwarenhaus

G. m. b. H. ;; Halle a. S., Leipziger Straße 93.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192104072-13/fragment/page=0005

möglichen, noch etwa 30—30 Freitische zu bilden. Zum andern erklärten sich zahlreiche Familien, die daran bisher nur nicht gedacht hatten, bereit, einzelne Studierende an einem oder mehreren Wochentagen an ihren Tisch zu nehmen. So ist ein früher viel geübter Brauch, der sich in mancherlei Hinsicht segensreich erwiesen hatte, unter uns wieder aufgelebt und wird sicher gute Früchte tragen. Bringt er doch den Studierenden das, was ihnen so oft fehlt, einen anregenden Familienverkehr, und dafür den Familien das, was unsere akademische Jugend trotz aller Not der Zeit hat, die unverwüstliche jugendliche Frische.

Die Quäker haben es ermöglicht, auch für die Ferien noch zu liefern. Das ist um so dankenswerter, als diesmal besonders viele Studierende zum Zweck der Examensvorbereitung und sonstiger Arbeiten halber in der Universitätsstadt geblieben sind. Mit dem kommenden Semester wollen sich die Quäker von diesem Teil ihres Hilfswerkes zurückziehen, um ihn einer anderen, noch umfassenderen Organisation, dem Weltbund christlicher Studenten, zu überlassen. Der Gedanke dabei ist, daß es eine gute Sache sei, wenn die Studierenden der ganzen Welt für ihre notleidenden Kommilitonen sorgen, und daß sich auf diese Weise eine Verständigung zwischen den bislang teils fremden, teils feindlichen Vereinigungen werde erzielen lassen. Nichts verbindet so rasch, als gemeinsame Arbeit, vor allem hilfstätige Liebesarbeit. Möge das Werk in der von den Quäkern erfolgreich begonnenen Weise gedeihlich fortgeführt werden, bis wir in der Lage sind, wieder ganz auf eigenen Füßen zu stehen. Die deutsche Studentenschaft wird durch Tüchtigkeit im späteren Leben heimzahlen, was zu ihrer körperlichen Ertüchtigung jetzt geschehen ist.

Theater, Konzerte, Vorträge

— **Stadttheater.** Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr gelangt das Lustspiel „Menagerie" von Kurt Götz zur Aufführung. Freitag „Der fliegende Holländer", Sonnabend „Drum prüfe, wer sich ewig bindet" (Don Pasquale), Operette von Donizetti. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Als ich noch im Flügelkleide", Sonntag abend „Undine", Montag „Wenn Liebe erwacht".

— **Im Thalia-Theater** gelangt am Sonntag abends 7 Uhr das Schauspiel „Das Glück im Winkel" von Hermann Sudermann zur Aufführung.

— **Freie Volksbühne Halle.** 5. Werk („Uriel Acosta") Anfang 7 Uhr. Spieltage: F: Sonnabend, den 9., G: Dienstag, den 12., H: Donnerstag, den 14., J: Sonnabend, den 16. April.

— **Kommende Weltkatastrophen** mit Voraussagungen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte lautet der Titel des Vortrages, den der bekannte Okkultist Dr. Lomer am 11. April im Thaliasaal halten wird. Es dürfte besonders interessant sein, nach dem vorjährigen Vortrage des Herrn Mariarth den Vortrag des Herrn Dr. Lomer zu hören, der in seiner Großzügigkeit einzig dasteht.

— **Das Moderne Theater** wartet allabendlich mit einem ebenso interessanten als abwechslungsreichen Spielplan auf. Paula Ries leitet als Chansonette mit viel Charme und Grazie die Vorstellung stimmungsvoll ein. Ihr folgt der musikalische Humorist Martin Mühlan, der als Stabstrompeter aus der guten alten Zeit besonders gefiel. Hilde Ferra bringt am Klavier mehrere Vorträge mit schöner Stimme zu Gehör, während Friedl Hagen als ausgesprochene Kabarett-Type mit ihren teils ernsten, teils heiteren Vorträgen das Publikum für sich einzunehmen versteht. Franz Marz wirkt in bester Weise als Conferencier. Einzig in ihrer Art als „Schlange der Lüfte" dürfte Frl. Tonelli dastehen. Sie dreht und wendet ihren Körper in einer Weise, daß man glauben konnte, ihr seien alle Knochen im Leibe gebrochen. Paul Gerlach rief als sächsischer Komiker, zumal als Volksredner und Wahlkandidat, stürmische Heiterkeit hervor. Bewundernswerte Leistungen als Akrobaten vollführten Remos, Friedel u. Co. Schließlich kommt durch Lotte de Lorrain und ihren Partner auch noch die Tanzkunst zu ihrem Recht, und zwar in einer sehr entzückenden und eleganten Weise, wie man Derartiges nur an einer Großstadtbühne zu sehen gewöhnt ist.

— **Eine Sonnenfinsternis am Freitag.** In den Vormittagsstunden des 8. April (Freitag) findet eine ringförmige Sonnenfinsternis statt, die auch in Deutschland gut zu beobachten sein wird. Die Linie, längs deren der Mond zentral von der Sonne erscheint, streift das nördliche Schottland und das nördliche Norwegen. In dem babylonischen Saros-Zyklus, nach dem eine primitive Vorausbestimmung der Finsternisse schon vor Jahrtausenden möglich war, hat diese Finsternis die ebenfalls ringförmigen vom 16. März 1885 und 28. März 1903 — entsprechend den 18 Jahren und 11 bzw. 12 Tagen des Zyklus — zu Vorläufern. Die letzte ringförmige Finsternis, die in Deutschland sehr gut beobachtet werden konnte, fand in den Mittagsstunden des 17. April 1912 statt. Für Berlin blieben damals nur 4 Prozent des Sonnendurchmessers unverfinstert. Noch fester haftet in der Erinnerung wohl die „russische Finsternis", die in der dritten Woche des Weltkrieges, am 21. August 1914, eintrat und hier ebenfalls gut beobachtet werden konnte. Die kommende Finsternis erreicht nun den nicht unerheblichen Betrag von 80 Prozent des Sonnendurchmessers um 10 Uhr 2½ Minuten vormittags. Der Beginn der Finsternis ist auf 8 Uhr 46,8 Minuten vorausberechnet und ihr Ende auf 11 Uhr 23,8 Minuten vormittags. Der völlig schwarze Mond berührt den Sonnenrand zuerst in einem Punkte, der 70 Grad Bogengrade nach rechts herum vom höchsten Punkte der Sonne absteht. Wenn man sich also eine Taschenuhr vor die Sonne hält (12 oben), so daß diese gerade völlig bedeckt wird, ist die erste Berührung an der Stelle zu beobachten, die der Zeitangabe 2½ Uhr entspricht.

— **Amtlicher Einjährigenersatz.** Die Abgangszeugnisse der Mittelschulen, die als voll ausgestaltete Anstalt anerkannt sind, finden nicht immer die Würdigung im Privatleben, die sie verdienen. Es gilt dies insbesondere dann, wenn der Schüler auch an dem Unterricht einer zweiten Fremdsprache mit Erfolg teilgenommen hat. Der Volksbildungsminister hat deshalb die Regierungen und das Provinzialschulkollegium angewiesen, die Leiter dieser Schulen unter Vorbehalt des Widerrufs zu ermächtigen, in die Abgangszeugnisse einen besonderen Vermerk aufzunehmen, wenn nach dem Urteil der Konferenz die Bedingungen voll erfüllt sind. Der Vermerk lautet: Dieses Schlußzeugnis einer als voll ausgestalteten Anstalt anerkannten Mittelschule bestätigt, daß der Schüler . . . die wissenschaftliche Allgemeinbildung erworben hat, die früher in der infolge Aufhörens der allgemeinen Wehrpflicht fortgefallenen Kommissionsprüfung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst nachgewiesen werden mußte.

— **Die schulärztlichen Sprechstunden im Stadtgesundheitsamt** können in den nächsten Wochen nur an 2 Wochentagen, Montags und Donnerstags, von 8—9 vorm. stattfinden. Am Dienstag und Freitag müssen sie vorläufig ausfallen, da an diesen Tagen alle Aerzte mit dringlichen Untersuchungen in den Schulen beschäftigt sind. Die Wiederaufnahme des vollen Sprechstundenbetriebes wird bekannt gegeben werden.

— **Die Glaser-Innung** hielt am 5. April ihre Oster-Quartalversammlung unter dem Vorsitz ihres Obermeisters Richard Renner ab. Kollege Hennig berichtete über die vorgenommene Kassenprüfung, und Kollege Rüdiger über die Gesellenprüfung. Daraus war zu entnehmen daß 5 Gesellen die praktische und theoretische Prüfung bestanden, daß sich indessen nur vier Lehrlinge zur Erlernung des Glaserhandwerkes gemeldet haben, trotzdem viele Meister noch Lehrlinge einstellen würden. Hierauf erfolgte die Wahl einer ständigen Kommission für Ausarbeitung von Richtpreisen für die Innung. Ferner wurde ein Beschluß über einheitliche Entschädigung des Wochengeldes für die Lehrlinge herbeigeführt. Die Richtpreise für städtische Reparaturen wurden einer Besprechung unterzogen, aber der hohen Abgaben an Steuern und der steigenden Arbeitslöhne wegen nicht anerkannt. Eine Kommission zur Berechnung wurde gewählt und soll dem Bauamt hiervon Mitteilung zugehen. Ferner berichtete der Obermeister über den am 24. April d. J. im Restaurant Mars-la-Tour stattfindenden 36. Verbandstag der Glaser-Innungen Thüringens, der Provinz Sachsen und Anhalts und bat die Mitglieder um recht zahlreiche Teilnahme. Am gleichen Tage findet die Generalversammlung der Glasereiinhaber Mitteldeutschlands statt, an der die Innungsmitglieder teilnahmen. Für den 38. Verbandstag der Glaser-Innungen Deutschlands, welcher am 21. Juni in Hannover stattfindet, wurde Kollege Otto als Delegierter gewählt.

— **Hallischer Lehrerverein.** Freitag, den 8. April, 4 Uhr Vortrag des Herrn Professor Hahne über „Die deutsche Vorzeit" im Provinzialmuseum. Im Anschluß daran Führung durch das Museum.

— **Amerikanisches Weizenmehl.** Bis zum 16. April 1921 können in den Mehlverkaufsläden (Bäckereien, Konsumvereinen, Mehlkleinhandelsstellen) gegen Abgabe der Nr. 593 des Warenbezugsscheines Nr. 33 300 Gramm amerikanisches Weizenmehl entnommen werden. Der Preis für 100 Gramm beträgt 0,70 Mk. Die Abgabe des Mehles für Anstalten usw. erfolgt auf Grund ausgestellter Bezugsscheine. Die Verkaufsstellen haben die gesammelten Warenbezugsmarken und Bezugsscheine bis zum 20. April an die Brotmarkenannahmestelle (Stadtbad) abzuliefern.

— **Die Inhaber von Gastwirtschaften** werden aufgefordert, die für ihren Betrieb entfallenden Zuckermarken, und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—F am Freitag, den 8. April, G—K am Sonnabend, den 9. April, L—O am Montag, den 11. April, P—R am Mittwoch, den 13. April, S—Z am Donnerstag, den 14. April, vormittags von 8—12½ Uhr im Stadternährungsamt, Zimmer 22, abzuholen. — Schankerlaubnisschein ist unbedingt vorzulegen. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen den in der nächsten Woche zum Verkauf gelangenden Weizengries vom 8. bis 9. April abzuholen.

— **Verhaftet.** Gestern wurden durch die hiesige Polizei drei Mitglieder des Betriebsrates der Zuckerraffinerie verhaftet. Die Verhaftung steht jedenfalls im Zusammenhang mit dem letzten kommunistischen Putsche.

Vereins-Nachrichten

— **Deutschvölkische Bismarckfeier** am Freitag, den 29. April, in der Saalschloßbrauerei, pünktlich 7½ Uhr. Feierfolge unverändert. Karten vergriffen.

— **Verein ehemaliger Artilleristen zu Halle.** Freitag, den 8. April, abends 8½ Uhr Monatsversammlung im „Reichshof".

Provinz Sachsen

Mordbrenner!

w. Eisleben, 7. April.

Gestern nachmittag am hellen Tage steckte eine neun Mann starke Bande das Gehöft des Landwirts Scheele in dem vier Kilometer von Eisleben entfernten Oberrißdorf in Brand. Den benachbarten Ortsfeuerwehren gelang es, wenigstens das Wohnhaus zu retten und den Brand auf das eine Gehöft zu beschränken. Der Schaden ist groß, denn außer den Erntevorräten, den Kunstdünger- und Druschkohlenvorräten sind auch die landwirtschaftlichen Maschinen vernichtet. Zum Glück befanden sich die Schafe auf der Weide, so daß sie der Vernichtung entgingen.

Großfeuer in der Zuckerraffinerie Tangermünde

f. Magdeburg, 7. April.

Von einem verheerenden Großfeuer wurde in vergangener Nacht die Zuckerraffinerie Tangermünde Fr. Meyers Sohn A.-G. betroffen. Die beiden Fabrikabteilungen C und D brannten bis auf den Grund nieder. Die Feuerwehr, verstärkt durch Dampfspritzenzüge aus Stendal und Magdeburg, war machtlos und konnte nur die benachbarten Abteilungen schützen, was in der Hauptsache gelang. Der Betrieb liegt zurzeit still, doch hofft man nach Ingangsetzung der infolge der Zwangswirtschaft zurzeit ruhenden anderen Abteilungen, ihn demnächst wieder aufzunehmen. Die Entstehungsursache dürfte Staubzuckerexplosion sein. Der Schaden ist außerordentlich groß, aber noch nicht zu schätzen. Von privater Seite wird er auf 20 Millionen angenommen. Die Fabrik ist eine der größten des Kontinents und beschäftigt etwa 1500 Arbeiter.

Das gothaische und weimarische Ruhla vereinigt

tk. Ruhla, 6. April.

Was unsere Vorfahren seit Generationen heiß ersehnt, aber immer vergeblich angestrebt hatten, ist nun endlich Tatsache geworden. Die Stadt Ruhla Gothaischen Anteils ist mit der Stadt Ruhla Weimarischen Anteis mit Wirkung vom 1. April 1921 zu einer Gemeinde mit dem Namen Ruhla vereinigt worden. Vorläufig soll die Stadt beiden Gerichten unterstellt bleiben. Die weimarische Gesetzgebung tritt mit diesem Tage in Kraft. Die gothaischen Vorschriften über Liegenschaften und Nachbarrechtsfragen bleiben bis auf weiteres für den gothaischen Ortsteil bestehen. **Die Ortsgesetze und Ortsstatute des weimarischen Ortsteils gelten vom 1. April 1921 ab für ganz Ruhla.** Die Verwaltung geht mit dem 1. April 1921 auf die weimarischen Behörden über. Bis zur Wahl eines neuen Gemeindevorstandes bilden die Gemeindevorstände der beiden Ortsteile zusammen den Gemeindevorstand von Ruhla.

z. **Worbis**, 6. April. (Keine Beamtengehälter bezahlt.) Der Stadtkämmerer war am 1. April nicht in der Lage, den städtischen Beamten die Gehälter auszuzahlen. Es standen keinerlei Mittel zur Verfügung. Unter den Beamten wurde dadurch eine begreifliche Erregung verursacht. Man spricht von einem größeren Defizit des abgelaufenen Geschäftsjahres, für das keine Deckung vorhanden ist.

tk. **Schalkau**, 6. April. (Folgen der Unruhen.) Durch die Unruhen in der Merseburger Gegend wurden eine größere Anzahl hiesiger Einwohner, die in den dortigen Kohlengruben seit Jahren tätig sind, beschäftigungslos. Um den Leuten Arbeit zu geben, beschloß der Gemeinderat den Bau des vielumstrittenen Sportplatzes in Angriff zu nehmen. Da zu den Arbeiten auch die Schalkauer Erwerbslosen herangezogenn worden sind, konnte der Ausbau mit 130 Mann begonnen werden.

—ö— **Eisenach**, 6. April. (Gegen die Abtrennung des Eisenacher Oberlandes) vom Landgerichtsbezirk Eisenach erhoben 70 Bürgermeister des Verwaltungsbezirks energischen Protest. In einer einmütig angenommenen Entschließung forderte die Versammlung, daß das Landgericht Eisenach auf alle Fälle lebensfähig erhalten bleibt und die Zahl der zum Landgericht Eisenach zugehörigen Gerichtseingesessenen nicht verringert wird.

z. **Duderstadt**, 6. April. (Eine Siedlungsgenossenschaft.) Hier versammelten sich 100 Herren zur Gründung einer Baugenossenschaft. Es wurde nach mehreren Referaten eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung ins Leben gerufen. Ausgegeben werden Anteilscheine von 300 Mark. Von der praktischen Mitarbeit der Teilnehmer beim Bauen soll wegen der anderwärts gemachten schlechten Erfahrungen abgesehen werden.

tk. **Zeitz**, 6. April. (Schadenfeuer durch Brandstiftung.) In Buschendorf brach beim Gutsbesitzer Beer Feuer aus. Außer der Scheune, wo das Feuer entstand, sind auch der Stall und das Wohnhaus bis auf die Umfassungsmauern vollständig niedergebrannt. Die Entstehungsursache ist auf Brandstiftung zurückzuführen. Als Brandstifterin wurde das 16jährige Dienstmädchen des Gutsbesitzers Beer verhaftet und in Zeitz eingeliefert. Sie hat dadurch, daß sie ein glimmendes Brikett in der Scheune niederlegte, den Brand verursacht.

„H. Z." Sportberichte

Rennen zu Dortmund

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.".

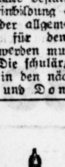
1. **Dinas-Rennen.** 1. Schneerose (Gryczbe); 2. Mitropa, 3. Eisblume. Tot.: 26, Pl.: 11, 11, 12. Ferner liefen: Champagne, Haeckel, Serenade, Tonart, Letzter Richam. — 2. **Körner-Jagdrennen.** 1. Lorigan de Coty (Oertel); 2. Pera; 3. Blumengala. Tot.: 15, Pl.: 14, 23. Ferner liefen: Dorchen, Na Nu, Musette. — 3. **Festa-Ausgleich.** 1. Lucretia (Fubel); 2. Armin; 3. † Knusperchen und Nicolo. Tot.: 24, Pl.: 14, 30, 12 auf Knusperchen, 9 auf Nicolo. Ferner liefen: Geißler, Berthalda, Isis, Colombine. — 4. **Verkaufs-Rennen.** 1. Leutnant (Reinhardt); 2. Haeckel; 3. Fruskagora. Tot.: 20, Pl.: 13, 26, 16. Ferner liefen: Fema, Ober, Dämmerung, Cavalkade, Schwesterchen, Eiders Trost. — 5. **April-Ausgleich.** 1. Duckling (Ehnert); 2. Friedenstaube; 3. Hyperbel. Tot.: 37, Pl.: 18, 32, 42. Ferner liefen: Nelson, Sieglinde, Rottalmünster, Ripi. — 6. **Markgrafen-Rennen.** 1. Tarock (Saria); 2. Wichard; 3. Glücksburg. Tot.: 13, Pl.: 12, 19. Ferner liefen: Monarch, Markaner. — 7. **Landgrafen-Jagdrennen.** 1. Spottvogel (Gorgas); 2. Tante Aurelia; 3. Lies'l. Tot.: 31, Pl. 18, 27. Ferner lief: Courier.

— **Schwimmerwettstreit im Stadtbad.** Das Schwimmen muß Allgemeingut des deutschen Volkes werden! Dafür kämpfen unsere Schwimmvereine. In Halle ist es besonders der Hallesche Schwimmverein von 1902 e. V., der durch seine öffentlichen Veranstaltungen in dieser Hinsicht Pionierarbeit leistet. Viel Arbeit ist noch zu bewältigen. Früher lautete eine bekannte Forderung des Vereins der Badefachmänner: Jedem Deutschen wöchentlich ein Bad! In Halle haben wir einen Badepalast, auf den jedes Gemeindemitglied stolz sein kann. Wenn jeder Einwohner, der zu Hause kein Bad hat, einmal wöchentlich dort baden, und jeder, der zu Haus ein Bad hat, einmal in der Woche dort ins Schwimmbad gehen würde, dann wäre unseres Erachtens das Stadtbad ein „gewinnbringendes Unternehmen" im Haushaltsplan. Daß dies nicht so ist, beweist die Notwendigkeit der Aufklärungsarbeit. Diese wird am besten durch öffentliche Vorführung schwimmerischer Wettkämpfe geleistet. — Der Hallesche Schwimmverein von 1902 hat von diesem Gedanken ausgehend, mit dem Weißenfelser Schwimmverein für Sonntag, den 17. April, die Austragung von Wettkämpfen im Schwimmen, Springen und Wasserballspiel vereinbart. Die Weißenfelser sind beachtenswerte Gegner. Im Wasserball hatten sie im Vorjahre in ihrem Gau eine der besten Mannschaften. Weißenfels weiß, was eine Schwimmhalle bedeutet. Oft kommen starke Mannschaften nach Halle und üben in unserem Bad. Das sollte der Halleschen Jugend zu denken geben.

— **Kanusport-Anpaddeln.** Die 3 hiesigen Kanuvereine des Deutschen Kanuverbandes, die dem Oberelbekreis angehören, eröffnen die diesjährige Hauptzeit in einem gemeinsamen Anpaddeln am Sonntag, den 10. April, nachmittags 3 Uhr auf der Saale zwischen Peißnitzbrücke und Saalschloßbrauerei. Die Kanuboote der 3 Kanuvereine, Verein für Kanusport Halle, Hallescher Kanuklub von 1920 und Kanuabteilung des Halleschen Rudervereins „Böllberg" versammeln sich nachmittags um ½3 Uhr am Bootplatz des Halleschen Kanuklubs v. 1920 an der Peißnitzbrücke. Die Auffahrt der Boote erfolgt um 3 Uhr in der Richtung Saalschloßbrauerei in Kiellinie und zurück. Abends nach 7 Uhr vereinigen sich die 3 hiesigen Kanuvereine zu gemütlichem Beisammensein im Festsaal des Halleschen Rudervereins „Böllberg".

— **Einen Flug über den Nordpol** beabsichtigt Kapitän Robert A. Bartlett, der während der Peary'schen Nordpolentdeckung das Expeditionsschiff „Roosevelt" führte, zu unternehmen. Er hat sich mit wissenschaftlichen Körperschaften und Finanzleuten in Verbindung gesetzt, um das erforderliche Kapital für eine solche Flugexpedition zusammenzubringen.

— **Der Lauf im Bild.** Lehrtafeln zur Hebung der Lauftechnik I. Mittlere und lange Strecken. II. Kurze Strecken und Hürden. Von Sportlehrer W. Dörr. Preis je 2,40 Mark. Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart.



MAGGI's Würze ist altbewährt!
In grossen, mit Originalverschluss versehenen Flaschen Nr. 6 besonders vorteilhaft.
Sie können daraus Ihr kleines MAGGI-Fläschchen selbst wieder füllen. Man achte darauf, dass der Plombenverschluss unversehrt ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192104072-13/fragment/page=0006

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung"

Die Auskunftpflicht der Banken

Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit einer Eingabe des Hansabundes über Beschränkung der Auskunft- und Meldepflicht der Banken und Wiederherstellung des früheren Zustandes, wo eine Zeugnispflicht der Banken nur im ordentlichen Steuerermittlungsverfahren bestand. Als Begründung ist unter anderem die Belastung der Banken, die Beunruhigung des Wirtschaftslebens und die dadurch begünstigte Notenhamsterei und Kapitalflucht ins Ausland angeführt.

Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, Ministerialrat Dr. Dorn, legte dazu dar, daß die in einem Erlaß des Reichsfinanzministers vom 1. Juli 1920 zur Reichsabgabenordnung gegebenen Ausführungsbestimmungen ausdrücklich vorsehen, daß die Auskunftspflicht und andere Ermittlungsbefugnisse der Steuerbehörden nicht in einer das Wirtschaftsleben beunruhigenden Weise ausgenützt werden dürften. Auch für die Aufstellung der Kundenlisten seien gewisse Erleichterungen vorgesehen. Verzichten könne die Reichsregierung heute um so weniger auf diese Hilfsmittel, um die bestehenden Steuern wirksam einzutreiben, als die praktischen Auswirkungen noch gar nicht voll zutage getreten seien. Die Kundenlisten seien das einzige Mittel, Vermögen zu entdecken, die sich der Steuerpflicht bis dahin völlig entzogen haben, und es sei sicher, daß das teilweise auch schon erreicht worden sei.

In der Erörterung wurde von einem Arbeitnehmer des Bankgewerbes betont, daß die den Banken durch die Melde- und Auskunftpflicht aufgebürdete Arbeitslast nicht zugroß und von dem Beamtenapparat laufend leicht zu leisten sei. Von einem Vertreter der Sparkassen wurde dieser Auffassung jedoch widersprochen. Von Arbeitgeberseite wurde die Erklärung abgegeben, daß die Auskunftpflicht sicherlich zur Kapitalflucht Anlaß gegeben habe, von ihrer Beschränkung zurzeit aber nichts Gutes, sondern nur eine Begünstigung unreeller Elemente zu erwarten sei.

Von einigen von der Reichsregierung ernannten Mitgliedern wurde sogar eine Verschärfung und Erweiterung der bestehenden Gesetze gefordert. Ein Antrag, über die Eingabe zur Tagesordnung überzugehen, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Spar- und Vorschußbank Aktien-Gesellschaft in Halle a. S.

86 Millionen Mark Mehrumsatz

Ueber die allgemeine Wirtschaftslage äußert sich der Geschäftsbericht wie folgt: „Nach wie vor stehen wir unter dem Druck der durch die Revolution hervorgerufenen Ereignisse, die bessern wollten, aber gerade das Gegenteil von dem erreichten, was beabsichtigt war. Die einst im deutschen Reiche bestandene mustergültige Ordnung im Staatswesen, in der Kultur, im Finanz- und Wirtschaftsleben ist vernichtet worden. Bislang ist es noch niemandem gelungen, den richtigen Weg zum Wiederaufbau zu finden. Der Gesamtumsatz der Gesellschaft betrug 195 764 113,03 Mark (i. V. 109 615 274,83 Mark), also etwa 86 Millionen Mark mehr, als im Vorjahre, was auf die weitere günstige Entwicklung der Gesellschaft hinweist. Aus dem Reingewinn von 144 546,86 Mark sollen dem Reservefonds 6 405,87 Mark und weitere 14 487,69 Mark zugeführt werden. 7 Proz. Dividende kommen zur Verteilung und 19 914,97 Mark werden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Hauptkonten verzeichnen folgende Ziffern: Wechselkonto A 56 858,50 Mark, Effektenkonto 600 918,65 Mark, Kontokorrent-Konto 3 339 070,69 Mark, Depositenkonto A 1 211 044,55 Mark, Depositenkonto B 19 045,45 Mark, Scheckkonto 1 497 016,73 Mark. In der Bilanz steht das Debitorenkonto mit 5 128 637,68 Mark zu Buche, während die Kreditoren 1 808 666,99 Mark ausweisen. Die 32. Generalversammlung der Gesellschaft findet am 16. April in Halle statt.

---

* **Zörbiger Kreditverein von Lederer, Kotzsch u. Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien in Zörbig.** Nach dem Geschäftsbericht hat das 31. Geschäftsjahr der Gesellschaft wieder ein zufriedenstellendes Resultat gebracht. Die Gesellschaft konnte unter Beihilfe von zehn Firmen den Ankauf des Getreides im Kreise Bitterfeld im vergangenen Jahre bewerkstelligen, woher die großen Umsätze herrühren. Es wird die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent beantragt, 16 000 Mk. bekommen die Beamten, 5000 Mk. werden für Talonsteuern zurückgestellt und der Restgewinn von 16 256,67 Mk. wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die Reservefonds, einschließlich des Delkrederefonds, verzeichnen den Betrag von zusammen 535 929,21 Mk. Der Gesamtumsatz der Gesellschaft betrug 267 625 418,19 Mk. Die einzelnen Konten weisen aus: Wechselkonto 1 623 089,45 Mk., das Effektenkonto 689 916,75 Mk., Debitorenkonto 10 351 097,02 Mk., Depositenkonto 7 433 746,94 Mk., Kreditorenkonto 4 079 687,25 Mark. Die Generalversammlung der Gesellschaft findet am 9. April in Zörbig statt.

Kriegsanleihezeichnungen und Reichsfinanzverwaltung. Wie wir erfahren, hat die Reichsbank den vom Reichsfinanzministerium abgelehnten Antrag des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, die Monatsfrist zur Einreichung der für das Notopfer in Zahlung zu gebenden selbstgezeichneten Kriegsanleihe durch Einreichung des Antrages bei der Depotstelle für gewahrt zu erachten, durch eine eingehend begründete Eingabe unterstützt. Im Interesse der Kriegsanleihezeichner ist der dringenden Erwartung Ausdruck zu geben, daß sich das Reichsfinanzministerium den von so berufenen Stellen erhobenen Vorstellungen nicht länger verschließen werde.

Aktiengesellschaften

* **Keine Ausbeute bei der Gewerkschaft Salzmünde.** Die Gewerkschaft Salzmünde, Halle a. S. versendet an ihre Gewerken folgendes Schreiben: „Wie unseren Gewerken bekannt sein dürfte, befindet sich die Kali-Industrie zurzeit in einer schweren Krisis. Der Auslandsabsatz ist fast völlig zum Stocken gekommen, und die Inlandspreise decken bei weitem nicht die Herstellungskosten, so daß die Werke mit Verlusten arbeiten. Die Erörterung der durch diese Verhältnisse geschaffenen Lage der Kali-Industrie hat der Grubenvorstand in seiner letzten Sitzung beschäftigt. Er glaubt, wenn auch das vergangene Jahr noch ein Ergebnis gebracht hat das wie bekannt gestattete 2000 Mark per Kux auszuschütten, mit den noch verfügbaren Mitteln zurückhalten zu müssen, und demgemäß von der Zahlung einer Ausbeute bis auf weiteres absehen zu sollen. Sollten die Verhältnisse sich ändern, so wird der Grubenvorstand erneut prüfen, ob und wann die Zahlung von Ausbeute wieder aufgenommen werden kann. Unsere Betriebe konnten wir bis jetzt in dem Umfange durchführen wie in den letzten Jahren. Da wir aber über große Bestände verfügen, ist damit zu rechnen, wenn die Abrufe sich nicht wesentlich erhöhen, daß auch wie so viele Kaliwerke Feierschichten einlegen müssen"

Kaligewerkschaft Waldeck. Die Gewerkschaft schränkt infolge mangelnder Absatzmöglichkeit ihre Betriebe ein und teilt gleichzeitig mit, daß die regelmäßigen Ausbeutezahlungen vorläufig eingestellt werden.

Gewerkschaft Thüringen. In einer außerordentlichen Gewerkenversammlung wurde beschlossen, eine Zubuße von 3000 Mark einzuziehen. Nach Beschluß des Grubenvorstandes werden am 15. April 2000 Mark und am 15. Mai 1000 Mark eingezogen.

Die Kaligewerkschaft Güntershall in Göllingen sieht bei der vollständig ungeklärten Lage der Kaliindustrie bis auf weiteres von der Verteilung einer Ausbeute ab. Im ersten Viertel des laufenden Jahre dürfte der gesamte Absatz des Kalisyndikats, wie der Grubenvorstand mitteilte, ein Weniger gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres von rund 500 000 Doppelzentnern Reinkali ergeben. Bedenklich an diesem Absatz ist, daß er sich mit 95 Prozent auf das Inland und mit 5 Prozent auf das Ausland verteilt. Wenn die Preise für das Inland nicht unverzüglich und ganz beträchtlich erhöht werden, so werden die Verluste der Kaliindustrie sich im Laufe des Jahres auf Hunderte von Millionen Mark beziffern.

* **Rauchwaren-Zurichterei und Färberei, A.-G., vorm. Louis Walter's Nachfolger in Markranstädt.** Nach dem Bericht des Vorstandes war sowohl im Lohngeschäft, als auch im Kaninverkauf flott. Die Gesellschaft beabsichtigt Arbeiterwohnungen zu errichten, die 2 500 000 Mark kosten werden. Aus dem Reingewinn, der nach Abzug der Vertragsmäßigen Vergünstigung an Vorstand und Aufsichtsrat, sowie einer vertraglichen Zuweisung an die Arbeiter, 2 192 450,70 Mark beträgt, werden 60 Proz. Gewinnanteil an die Aktionäre ausgeschüttet. 28 450,70 Mark werden auf neue Rechnung vorgetragen. Der Geschäftsgang des neuen Jahres ist befriedigend.

Malzfabriken J. Eisenberg u. Etgersleben, A.-G. in Erfurt. Die Hauptversammlung setzte die Dividende auf wiederum 6% für Vorzugsaktien und 10% (i. V. 12%) für Stammaktien fest. Es verbleibt ein Reingewinn von 291 858 (i. V. 181 246) Mark. Es gelang zwar, die Malzproduktion etwas zu heben, aber in der Hauptsache war die Gesellschaft wieder auf Ersatzbeschäftigung angewiesen. Zum Zwecke besserer Wirtschaftlichkeit hat die Gesellschaft zusammen mit der Mälzerei-A.-G. vorm. Albert Wrede in Köthen eine Interessengemeinschaft deutscher Malzfabriken unter dem Namen „Mittland" (Mitteldeutschland) mit dem Sitz in Erfurt mit einem Stammkapital von 100 000 Mark ins Leben gerufen, die sich im neuen Jahre schon als nutzbringend erwiesen hat. Weiter teilte die Direktion mit, daß die Fabrik in Erfurt voll beschäftigt sei und ihr neuerdings 10 000 Zentner Gerste zur Verarbeitung überwiesen wurden. Die Versammlung beschloß noch, die 500 000 Mark Vorzugsaktien in Stammaktien umzuwandeln, so daß es nur noch ein einheitliches Kapital von 2,1 Millionen Mark gibt.

Leipziger Malzfabrik, A.-G. in Schkeuditz. Die Verwaltung zog in der Generalversammlung den Antrag auf Verschmelzung mit einer anderen Gesellschaft zurück, da die Vertretung eines Großaktionärs sich als Gegner der Fusion erklärt hatte. Wie mitgeteilt wurde, kommt bei der beabsichtigten Fusion die Malzfabrik Langensalza in Frage. Von seiner Seite wurde angeregt, an Stelle der gescheiterten Fusion einen Aktienumtausch beider Gesellschaften im Interesse der Aktionäre eintreten zu lassen. Der anwesende Vertreter der Malzfabrik Langensalza erklärte, diesen Vorschlag in der bevorstehenden Generalversammlung befürworten zu wollen. Allem Anschein nach sind in der Generalversammlung der Leipziger Malzfabrik Konkurrenzrücksichten leitend gewesen.

Hasper Eisen- und Stahlwerk. Innerhalb der Verwaltung des Hasper Eisen- und Stahlwerks, A.-G., ist es zwischen der Klöckner- und der Stummgruppe zu einer Verständigung gekommen. Die Klöcknergruppe besitzt etwa 64 Prozent, die Stummgruppe etwa 30 Prozent des Unternehmens. Die Interessengemeinschaftsversammlungen, die zwischen dem Hasper Eisen- und Stahlwerk und dem Lothringer Hüttenverein schweben, konnten infolge des Bestehens der erwähnten Differenzen nicht zum Abschluß gelangen. Nachdem nunmehr die Verständigung erfolgt ist, dürfte die Kombination Haspe-Lothringen demnächst durchgeführt werden. — Der General-Versammlungs-Beschluß des Hasper Eisen- und Stahlwerks vom 18. Dezember 1920, durch den die Interessengemeinschaft mit dem Lothringer Hüttenverein ausgesprochen wurde, war seinerzeit von der Stummgruppe mit der Motivierung angefochten worden, daß er nicht mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Majorität gefaßt worden war.

Handel, Industrie, Handwerk

Freie Tabakwirtschaft ab 1. Juli. Der Reichswirtschaftsminister hat nach längeren Verhandlungen mit den Vertretern des Tabakgewerbes die gebundene Wirtschaft im Tabakgewerbe ab 1. Juli 1921 aufgehoben. Aus führenden Kreisen der Tabakindustrie wird uns hierzu mitgeteilt, daß diese Entscheidung im allgemeinen Interesse der Industrie zu begrüßen ist, weil sie sich nunmehr freier entwickeln kann, daß aber der Markt der Industrie-Erzeugnisse dadurch nicht berührt wird. Der Preis der Zigarren und Zigaretten wird durch die Einführung der freien Wirtschaft im Tabakgewerbe weder erhöht noch vermindert, sondern bleibt unberührt, weil er fast ausschließlich von der Höhe der Steuern abhängt, die auf den Erzeugnissen der Tabakindustrie liegen. Solange diese nicht verringert werden, kann auch eine Herabsetzung der gegenwärtigen Preise nicht erwartet werden.

Mittags-Börsendienst der „H. Z."

[Eigene Drahtmeldungen]

Berlin, den 7. April 1921.

Börsenvorbericht.

Bei geringen Kursveränderungen war die Börsenstimmung nur für Montanwerte fest, die sich später mäßig abschwächten. Devisen fest, vor allem Italien und Stockholm.

Vorkurse der Berliner Börse

	7. 4	6. 4.		7. 4.	6. 4.
5% Dt. Reichsanl	77,50	77,50	Elberf. Farben	470,50	472,00
Berl. Handelsges.	284,00	284,00	Th. Goldschmidt .	783,00	775,00
Comm.-u.Privatbk.	—,—	213,75	Höchster Farbw	439,⁷/₈	442,00
Darmst. Bank .	—,—	181,00	Allg. Elektr.-Ges.	298,00	290,50
Deutsche Bank .	—,—	297,50	Bergmann. Elektr.	343,00	331,50
Disconto Ges. .	249,75	249,00	Sachsenwerk .	320,00	318,00
Dresdner Bank .	217,00	217,00	Schuckert . . .	265,00	250,50
Hambg. Pakett. .	188,50	196,75	Siemens & Halske	321,00	318,00
Hansa . . .	348,00	353,00	Adlerwerke . .	260,50	252,00
Nordd. Lloyd .	156,75	156,75	Augsb.-Nürnb. Ma.	390,00	385,00
Bochum. Guss .	460,25	463,00	Daimler . .	215,00	206,50
Dtsch.-Luxemburg	326,00	327,00	Dtsch. Waff. u. M.	610,00	618,00
Gelsenkirch. Bgw.	346,50	344,50	Dynamit Nobel .	368,50	370,00
Harpener . . .	473,00	480,00	Hirsch Kupfer	365,00	365,00
Laurahütte . .	344,50	344,00	Köln-Rottweiler .	387,50	385,00
Mannesmann .	626,00	627,00	Orenstein&Koppel	552,00	548,50
Phönix . . .	654,50	659,00	Rheinmetall .	—,—	350,00
Rheinstahl . .	528,50	523,00	Deutsche Kali .	371,00	378,00
A.-G. f. Anilinf.	445,00	445,00	Steaua Romana .	—,—	—,—
Badische Anilin	559,00	560,00	Otavi Minen .	500,50	512,00

Devisen-Vorkurse

	7. 4. 21 Mittelkurse	6. 4. 21 Geld	Brief
Amsterdam	2142,00	2120,35	2124,65
Brüssel	458,00	451,12	452,12
Christiania	990,00	977,50	979,50
Kopenhagen	1120,00	1086,40	1088,60
Stockholm	1455,00	1441,05	1443,95
London	242,75	240,50	241,00
New-York	62,00	61,48	61,62
Paris	441,00	433,05	433,95
Schweiz	1073,00	1061,90	1064,10

Folgen der Exportabgabe. Als Folge der 50prozentigen Abgabe auf deutsche Waren macht sich allgemein ein Steigen der Preise in Belgien fühlbar. Die Verbände der Glas-, Stahl- und Eisenindustrie haben ab 1. April eine Erhöhung der belgischen Inlandpreise beschlossen. Exportpreise sollen nach den Ländern, die bisher deutsche Waren bezogen haben, ebenfalls erhöht werden.

Weitere Fettfreigabe. Nachdem über die Verordnung über die Einfuhr von Schlachtvieh, Fleisch, Zubereitungen von Fleisch und tierischen Fetten vom 3. Februar 1921 unter anderem die Einfuhr von Rindern und Schafen freigegeben worden ist, wird, durch eine in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangende Bekanntmachung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft auch die Einfuhr von Ollomargarine und Premier Jus freigegeben werden. Vom Tage des Inkrafttretens der neuen Verordnung ab bedarf es einer besonderen Einfuhrbewilligung für die genannten Waren nicht mehr.

Aufhebung der Postpaketsperre nach Italien. Die vom Auswärtigen Amt eingeleiteten Verhandlungen bezüglich der Postpaketsperre mit Italien haben das Ergebnis gehabt, daß nunmehr Postpakete, für deren Inhalt kein Einfuhrverbot besteht, bis auf weiteres ohne Einfuhrbewilligung zugelassen werden. Die augenblicklich verfügte Sperre im Postpaketverkehr ist lediglich eine Folge des großen Andranges bei den italienischen Grenzstationen, nach deren Abflauen in einigen Tagen von italienischer Seite die entsprechenden Weisungen an die Grenzstationen ergehen werden.

* **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (Saale) einschließlich der anschließenden Privatbahnen wurden am 6. April für Kohlen, Koks, Briketts und Naßpreßsteine gestellt 6271 Wagen zu 10 Tonnen.

Hallesche Notierungen.

Halle a. S., 7. April 21.

Anleihen.

3½ % Hall. Stadt-Anl. v. 1886	90,— G
3½ % " v. 1892	86, G
3½ % Hall. St.-A. v. 1900, S. III	—,—
4 % " " v. 1900	73,— G
4 % " " v. 1905	—,—
4 % " " v. 1910	—,—
4 % Landsch. Zentral-Pfdbr.	97,75 G
3½ % " "	87,50 G
3 % " "	75,50 G
4 % Sächs. landsch. Pfdbr.	97,50 b
3½ % " " "	96,50 b
3 % " " "	75,5 G
3½ % Provinzial-Anleihe	90,— G
4 % "	82,00 bG
3½ % Halle-Hettst. Eisenb.-A.	60,00 G
4½ % " " v. 1900	66,— G
4½ % " " v. 1911	62,— G
4 % Bruckd.-Nietl. B.-V. H.-A.	96,— G
4½ % K. Sophie b. Wolmirsleben Hyp.-Anl.	98,— G
4½ % D Grnbeb. Bitterf. H.-A.	98,— G
5 % G. Burbach H.-A., r. 103 %	100,— G
5 % Gew. Gute Hoffnung Hyp.-Anl. rzb. 102 %	99,00 G
5 % G. Leonhardtb. Frankl.-A.	99,— G
5 % G. Vesta-Hyp.-A. r. 102 %	99,— G
4½ % G. Auguste b. Bitterf.-A.	98,— G
4½ % " " r. 102 %	98,— G
4 % Hall. Pfännerschaft-A.	92,50 b
5 % " rzb. 102 %	100,— G
4 % Mansf. Gew.-Anl. v. 1893	—,—
4 % " " " 1908	—,—
4½ % " " " 1908	—,—
4½ % " " " 1911	—,—
4 % Naumb. Braunk. abg. H.-A.	99,— G
4½ % " H.-A. r. 102 %	100,00 G
4½ % A. Riebeck Montanwerke-Anl. rzb. 102 %	99,00 G
4 % Sächs.-Thür. Braunkohl.-Verw. II Anl. rücks. 102 %	95,— G
4½ % S.-Thür. Br.-V.-A. r. 102 %	100,— G
4 % Waldauer Braunk.-Anl.	95,— G
4½ % " r. 102 %	100,— G

4 % W.-Weissenf. Br.-A. v. 1896	95,00 G
4 % " " v. 1898	95,00 G
4 % " " v. 1902	95,00 G
4½ % " " r. 102 %	100,— G
4 % Z. Par. u. Solarölfabr.-A.	96,00 G
4½ % " " A. r. 102 %	100,00 G
4 % Cröllw. Papierfabr. H.-A.	96,— G
4½ % " A. r. 103 %	99,00 G
4½ % Eilenb. Kattun-Manuf. Hyp.-Anl. rückz. 102 %	100,00 G
5 % Eisenw. Schafstädt Hyp.-Anl. rückz. 101 %	99,— G
4 % Fabr. l. Masch. F. Zimmermann & Co A.-G. H.-A. r. 103	—,—
4 % Kyffh. H.-A. unk. bis 1915	94,— b
4½ % G. Lindner H.-A. r. 102 %	100,— G
4½ % " v. 1912 v. 102 %	100,— G
Aktien.	
Hallescher Bankverein	194,00 b
Spar- und Vorschussbank	115,— G
Hall. Pfännerschaft A.-G.	156,00 G
Riebecksche Montanw. A.-G	—,—
W. Weissenf. Braunk.-A.-G	—,—
Ammendorfer Papierfabrik	—,—
Cröllwitzer Papierfabrik	—,—
Cönnerner Malzfabrik	165,— G
Eilenb. Kattun Manufaktur	—,—
Eisenwerk Brünner	150,— G
F. i. M. F. Zimmermann & Co.	167,— G
" " Vorz.-A	—,—
Hallesche Maschinenfabrik	—,—
" Portland-Zement	—,—
Hildebrandsche Mühlenwerke	—,—
Kaiseroad Schmiedeberg	185,— G
Körbisdorfer Zuckerfabrik	—,—
Kyffhäuserhütte Nr. 1—1000	—,—
" Nr. 1001—4100	200,— G
Gottfried Lindner	315,— bB
Wegelin & Hübner	262,— G
Zuckerraffinerie Halle	322,— b
Halle-Hettst. Eisenb.-A. La. A	—,—
" " La. B	58,— B
Kuxe.	
Bruckd. Nietleb. Bergbau-Ver.	—,—

Otto Zahn, Kuhgasse 3,
— Telephon 4912 — empfiehlt seine
feinen Wurstwaren
Freitag und Mittwoch:
frische Wurst.
Markttags findet der Verkauf auch auf dem Hallmarkt statt.

Fabrik sucht für ihre Arbeiter im Süden
ca. 15 Morgen
fertig hergerichteten Kartoffelacker
für sofort. Angebote unter B. H. 4081 an Rudolf Mosse, Brüderstr. 4.

Adolf Schustermann,
Zeitungsnachrichten-Bureau,
BERLIN SO. 16, Rungestr. 22—24.
Größtes Nachrichten-Bureau mit Abteilungen für Bibliographie, Politik, Kunst, Wissenschaft, Handel und Industrie. Liest neben Tageszeitungen des In- u. Auslandes die meisten Revuen, Wochenschriften, Fach-, illustrierte usw. Blätter.
Das Institut gewährleistet zuverlässigste u. reichhaltigste Lieferung von Zeitungsausschnitten für jedes Interessengebiet.
Prospekte gratis.

Gute Rindleder-Markttaschen
dauerhafte Rucksäcke
Damentaschen aller Art
Umarbeiten von Polstermöbeln
Sattler-u. Tapezierer-Berufsgenossenschaft Halle a. S.
e. G. m. b. H., Sophienstr. 24, Hof links, 1 Tr.
Kein Laden.

26000 Mark
sofort zur ersten Stelle auf Stellmacherei-Grundstück mit Land gesucht durch
Rechtsanwalt Gerth, Sangerhausen.

Lagerplatz
in Halle,
an Wasser und Bahn gelegen, zu verpachten. Angebote unter B. S. 4019 an Rudolf Mosse, Brüderstraße 4.

Reinigen, Umsetzen und Reparieren sämtlicher Oefen führt sachgemäß aus.
Kachellager für neue Oefen.
Fr. Rudloff, Töpfermstr., jetzt Albrechtstr. 17. jetzt Fernspr. 2352.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192104072-13/fragment/page=0007

Ihre am 6. April 1921 in Hannover vollzogene **Vermählung** geben bekannt

Dr. med. Johannes Volkmann und Frau
Dr. med. Loth. Volkmann geb. Rexhausen.

Halle, chirurgische Universitätsklinik.

Ihre am heutigen Tage in Köslin erfolgte **Vermählung** geben hierdurch bekannt

Halle a. S., den 7. April 1921.
Landgerichtsrat **Pfanne** und Frau
Else geb. Breidenbach.

Mitesser

Pickel im Gesicht u. am Körper beseitigt rasch u. zuverlässig **Zucker's Patent-Medizinal-Seife.** Nach jeder Waschung m. **Zuckoob-Creme** nachbehandeln. Frappante Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- und Friseurgeschäften **erhältlich.**

Taschentücher,
gute Qualitäten, große Auswahl.
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84.

Parkett

in Eiche u. Buche, als Belag alter Dielen- u. Massivfußböd., das Beste u. Billigste!
Behandlungsvorschrift kostenlos.
Ia Bohnerwachs, Stahlspäne usw.
Parkett- und Steinholz-Fußbodenfabrik
Hönemann
Halle (Saale).
Büro: Sternstraße 8, Ecke Kleine Brauhausstraße.
Fernruf 3631 und 5849

Alte Herrenhüte

werden wie neu, wenn Sie mir diese bringen zum Waschen, Neupressen u. Garnieren.
A. Hoppe, Halle a. S.,
Kuhgasse 6 (am Markt

Feldbahn-Motortriebwagen

für Benzol, neuestes preiswertes Modell, Spurweite bis 700 mm, prompt lieferbar.
Westphalen & Co.,
Verkaufsstelle Hamburg, Moenckebergstr. 17.

3000 Dosen Apfelmark,

Ia helle Ware, Fabrikat **Braun** (Pfeddersheim), natursüß dick eingekocht aus feinsten Tafeläpfeln in Weißblechdosen, à ca. 5 kg, per 100 Dosen ℳ 1600.— frei Bahnhof Würzburg inkl. Verpackung. Kassa gegen Duplikatfrachtbrief, haben abzugeben
Langguth & Co., Würzburg (Bayern).
Telegramm-Adr.: Langguth Companie.
Fernsprecher 437.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute nachmittag verschied nach längerem Leiden mein inniggeliebter Mann, mein treusorgender Vater, mein lieber Schwiegervater, unser guter Grossvater, Schwager und Onkel

Amtmann
Adolf Reinicke

in seinem 79. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Marie Reinicke geb. Bethmann
Adolf Reinicke, Gutsbesitzer
Else Reinicke geb. Rolle
und Enkel
Anna Bethmann.

Baalberge, den 5. April 1921.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. April, nachm. 3 Uhr statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Herzlichen Dank für all die vielen Beweise der Liebe und Anteilnahme beim Heimgange meines geliebten Gatten.

Frau Elise Hötte
geb. **Sorge.**

Vermietungen

Gut möbliertes
Wohn- und Schlafzimmer
an älteren Herrn **zu vermieten.** Anfr. Papierhandlung **Pritschow,** Bernburger Str. 28.

Verkäufe

Fast neues
Wohnzimmer
(Mahagoni) preiswert **zu verkaufen.** Näheres **Ammendorf,** Steinstraße 6 part.

2000 Grundstücke
mit und ohne Land (Höfe, Güter, Landstellen und Geschäftshäuser in ganz Deutschland).
C. H. Hülsse & Co., Hannover.

Roeder-Herde

in bewährter Friedensqualität, lackiert und Ia weiß emailliert, sowie für **Notwohnungen und Siedlungsbauten**
Spar-Kochherde
in billiger Ausführung.
Reichhaltiges Lager in allen Größen.
F. Lindenhahn, Königstraße 8.

Ab Freitag, den 8. April cr.,
empfehlen wir einen großen Transport
prima hochtragender sowie neumilchender

Kühe

Oberländer & Buchheim
Halle a. S., Delitzscherstraße 10.

Wratzke & Steiger, Hoflieferanten, Poststr. 9/10.
Juwelen — Gold — Silber.

Stellen-Angebote

Bremer Großhandelsunternehmen in
Mineralölen und Fetten
vergibt unter günstigen Bedingungen ihre
Vertretung
für den dortigen Bezirk an einen umsichtigen und guteingeführten Herrn, welcher über gute Beziehungen zu den dortigen Verbraucherkreisen verfügt. Angebote unter **B. U. 30 099** an **Rudolf Mosse, Bremen.**

Suche für meine Tochter
freundl. Aufnahme
in besserem Haushalt zur Erlernung der feinen Küche, Haushalt u. gesellschaftlichen Umgang gegen mäßigen Pensionspreis zum 15. April od. 1. Mai. Halle od. Umgegend. Gefällige Offert. unt. Z. 5091 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Thüring. Dienstmädchen.
Hausmädchen, Köchinnen, Kinderfräulein, Stützen u. s. w. sucht man durch Inserat im
Tageblatt, Koburg.
Tgl. 30000 Lef. Zeile 80 Pf.

Rotations-Düngerstreuer „Kilie"

wagenspurbr., streut all. Kunstdünger bis 7 m breit. Ausführl. Prospekt frei
Michael Kilies, Luckenwalde.

Habe eine schwere, schwarzbunte, hochtrag.
Kuh zu verkaufen.
R. Lorbeer,
Hackpfüffel,
Kr. Sangerhausen.

Aus reinrassiger Merinofleischschafherde stehen

30 Stück sprungfähige
Jährlingsböcke,
60 Stück zur Zucht geeignete
ältere Mutterschafe
und
180 Stück Hammellämmer
preiswert zum Verkauf.
C. Kaufmann Söhne,
Rittergut Reinsdorf b. Artern.

National gesinnter junger Mann mit höherer Schulbildung wird zu sofortigem Antritt auf mittlerem Gute als
Eleve
gesucht. Vorstellung gewünscht.
Wilhelm Schmeisser, Torna b. Brehna.

Saatkartoffeln

300	Ztr.	Wohltmann,	
200	„	Deodara,	anerk. ält. Nachbau,
250	„	Parnassia,	anerk. ält. Nachbau,
50	„	Industrie,	
80	„	Kuckuck,	
200	„	Priemel,	Görsdorfer Original,

ferner
300 Ztr. Ammon-Superphosphat 7×9
sofort lieferbar
haben preiswert abzugeben
Buhlers & Northe,
Torgau.

7 schwarzbunte erstklassige
Bullen,
Herdbuchtiere im Alter von 8 Wochen bis ¾ Jahr, verkauft
M. Haase,
Rittergut Kleinliebenau b. Schkeuditz.

Vertreter.
Wir suchen f. kl. Bezirke der Provinz Sachsen je einen tücht. Provisions-Reisenden f. unsere Artikel „Stoeckicht-Gummiabsätze" und „Schuhcreme Rabenspiegel". Sitz möglichst in Halle. Angebote erbitten **Wittig & Freund, Erfurt,** Generalvertrieb u. Fabriklager der Stoeckichtwerke u. Märkischen Wachsschmelze-Biesdorf.

Erster
Schmiedegeselle,
unverheiratet, firm in Hufbeschlag, Wagenbau u. landw. Maschinen, b. Halle **gesucht.** Nur fleißige, gute Reflektanten wollen sich melden. Off. u. B. R. 4038 an **Rudolf Mosse,** Brüderstraße 4.

Vers.-Ges. (alle Branch.) sucht tücht. **Mitarbeiter,** auch stille, allerorts geg. höchste Prov. Offerten unter **Z. 5089** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Stellen-Gesuche

National gesinnter
junger Mann,
22 Jahre, **sucht Stellung** gleich welcher Art. Gefl. Zuschr. an **Otto Lemmer,** Halle, Moritzkirchhof 4.

Gesucht werden für die Sommersaison eine perfekte **Köchin** u. eine **Stütze.** Offert. erbittet **Frau Reinhardt,** Oberhof in Thür., „Edelweiß".

Fräulein,
Mitte 40 J., **sucht** Stellung in frauenl. Haush. Off. u. Z. 5092 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Kaufm. Lehrstelle
für meinen Sohn, Obertertianer, 15 Jahre **in Fabrik, Bank oder Großhandlung gesucht.** Antritt sofort. Offerten u. **Z. 5090** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Eintagsküken,
Landhuhn, rebhuhnfarbige Italiener (¾ Blut), Leistungszucht, Stück **8 Mk.** ausschließlich Verpackung und Porto, gibt auf Bestellung bald ab
Lehr- u. Versuchsanstalt für Geflügelzucht, Halle-Cröllwitz.

Kauf-Gesuche

Speise-Kartoffeln
jede Menge und
200 Ztr. Saat-Up to date kauft
Hugo Hommel, Leipzig,
Lagerhofstraße 2. — Tel. 12 367.

Runkelrüben,
Futtermöhren, weiße Kohlrüben kauft, evtl. Abnahme gegen Kasse
Franz Bu-sewitz, Charlottenburg, Nordhausener Str. 7.
Wilhelm 5024.

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstig. Besorgungen nur bei den Inserenten der „Halleschen Zeitung" vornehmen zu wollen.

Bekanntmachung

betreffend Aenderung der Kanalbenutzungsgebühren-Ordnung vom 17. Januar 1905.

IV. Nachtrag

zur Ordnung betreffend die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der städtischen Kanäle im Bezirke der Stadtgemeinde Halle vom 17. Januar 1905.

Auf Grund der §§ 4 und 7 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 wird für die Stadtgemeinde Halle mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung (Beschluß vom 21. Febr. 1921) zu der vorbezeichneten Gebührenordnung folgender Nachtrag erlassen:

Artikel I. Der § 3 Absatz 1 der Ordnung erhält folgende neue Fassung: A. Die Gebühr im Falle der Ziffer 1 des § 2 besteht in dem festen Jahressatz von ½ % des Nutzungswertes des Grundstückes. Als solcher gilt in Zweifel der Mietwert des voraufgegangenen Kalenderjahres.

Artikel II. Der § 4 der Ordnung wird wie folgt geändert: Bei Berechnung der Gebühr nach § 3 unter B werden die nach § 2 Ziffer 2 der Gebührenpflicht unterliegenden Räume, soweit sie eine wirtschaftliche Einheit bilden, in dieser zusammengefaßt, sonst aber einzeln behandelt und mit dem Nutzungswert (§ 3 Abs. 1) in Ansatz gebracht. Bei Feststellung des letzteren bleiben Ausfälle, die durch Nichtbenutzung der Räume entstanden sind, außer Betracht. Auch wird der ermittelte Ertrag stets auf 10 und zwar bis zur Zahl 5 nach unten, dagegen über 5 nach oben abgerundet.

Als Veranlagungsgrundlage dienen die von den Grundstücksbesitzern alljährlich einzureichenden Mietertragsnachweisungen.

Artikel III. Der § 5 erhält folgende Fassung: Für Grundstücke bezw. Räume, die einen Pacht- oder Mietertrag nicht haben, wird als Nutzungswert derjenige Betrag schätzungsweise eingestellt, welcher aufzuwenden wäre, wenn jene Grundstücke oder Räume pacht- oder mietweise beschafft werden müßten.

Artikel IV. Der § 6 wird folgendermaßen geändert: Die Schätzungen sind durch den Magistrat gegebenenfalls nach Anhörung eines oder mehrerer Mitglieder des Grundsteuerausschusses vorzunehmen.

Artikel V. In § 9 Abs. 2 Zeile 3 wird das Wort „Gemeindeeinkommensteuer" durch das Wort „Gemeindesteuer" ersetzt.

Artikel VI. Vorstehender Nachtrag tritt am 1. April 1921 in Kraft.

Halle, den 12. Februar 1921.

Der Magistrat.
L. S. Rive. Seydel.

Beschluß.

Der IV. Nachtrag zur Ordnung betreffend die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der städtischen Kanäle im Bezirk der Stadt Halle vom 17. Januar 1905 wird genehmigt.

Merseburg, den 17. März 1921.

Der Bezirks-Ausschuß zu Merseburg.
L. S. gez. Dr. Loesener.

Bekanntmachung.

Nach Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Januar 1921 zur Aenderung des Gesetzes vom 27. Februar 1880, betr. die **Besteuerung des Wanderlagerbetriebes**, beträgt die Steuer für jede Woche der Dauer des Wanderlagerbetriebes in Orten mit mehr als 100 000 bis 500 000 Einwohnern 400 Mark, sofern der Betrieb von einer Person versehen wird; sie erhöht sich für jede weitere im Betriebe tätige Person (Mitunternehmer oder Angestellter) um den gleichen Betrag, für einen nur mechanische Dienstleistungen verrichtenden Gehilfen (Hausdiener, Kutscher, Laufburschen oder -mädchen und dergleichen) um je den halben Betrag.

Gemäß Artikel 2 a. a. O., wonach die Gemeinden berechtigt sind, zu den im Artikel 1 festgesetzten Steuersätzen Zuschläge zu erheben, die in Orten mit mehr als 100 000 Einwohnern 50 v. H. nicht übersteigen dürfen, ist durch Gemeindebeschluß vom 11./21. März 1921 die Erhebung eines Zuschlags von 50 v. H. zu den im Artikel 1 festgesetzten Steuersätzen beschlossen worden.

Halle a. S., den 1. April 1921.

Der Magistrat.

Commerz- u. Privat-Bank, Akt.-Ges., Filiale Halle a. S., Poststrasse 12 Tel. 1382, 1383, 1693 **Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.**
Aktienkapital und Reserven Mk. 250 000 000.—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192104072-13/fragment/page=0008